

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/5661 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das dritte Quartal des Jahres 2018

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/1371). Die so genannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2017 bei 53 Prozent (2016: 71,4 Prozent), gegenüber der von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 43,4 Prozent. Die Statistikbehörde der EU „eurostat“ verwendet ebenfalls eine um formelle Entscheidungen bereinigte „Anerkennungsrate“, diese lag nach ihren Berechnungen im Jahr 2017 für Deutschland bei 50 Prozent (Pressemitteilung 67/2018).

Hinzu kommen noch Anerkennungen durch die Gerichte nach zunächst negativer Entscheidung des BAMF. 45,5 Prozent aller Asylklagen bei den Verwaltungsgerichten endeten 2017 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“ (a. a. O., Antwort zu Frage 14), z. B. wenn Einzelverfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiter verfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird – letzteres war im Jahr 2017 4 582 Mal der Fall (ebd., Antwort zu Frage 16c). Solche sonstigen Verfahrenserledigungen erfolgen nicht überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten: Nur etwa 17 Prozent der sonstigen Verfahrenserledigungen im Jahr 2017 betrafen Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten (soweit von der Bundesregierung angegeben, vgl. a. a. O., Antwort zu Frage 14), Asylsuchende mit besonders guten Erfolgsaussichten aus den drei Herkunftsländern Syrien, Afghanistan und Irak machten hingegen 32 Prozent aller formellen Entscheidungen aus. Werden formelle Erledigungen außer Betracht gelassen und nur tatsächlich inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2017 in Höhe von 40,8 Prozent (2016: 29,4 Prozent, 2015: 12,6 Prozent, Bundestagsdrucksachen 18/12623, Antwort zu Frage 11 und 18/8450, Antwort zu Frage 14). Bei syrischen und afghanischen Geflüchteten lag diese Erfolgsquote

bei den Gerichten im Jahr 2017 bei 62 bzw. 61 Prozent. „Eurostat“ nennt für das Jahr 2017 bei „endgültigen Berufungsbescheiden“ im Gerichtsverfahren eine Anerkennungsrate in Höhe von 40 Prozent (a. a. O.).

Der Sprecher des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat Johannes Dimroth, bezeichnete auf der Regierungspressekonferenz vom 23. März 2018 die Zahl einer Erfolgsquote im Gerichtsverfahren in Höhe von 40 Prozent als „schlichtweg falsch“. Tatsächlich erfolgreich sei nur „etwas mehr als ein Fünftel der Klagen“, die Differenz ergebe sich aus Verfahrenserledigungen in Fällen mit wenig oder gar keinen Erfolgsaussichten. Es gebe zwar eine Zunahme der Klagen in absoluten Zahlen, aber bei der „relativen Klagequote“ sei „keine signifikante Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren zu erkennen“. Dies stimmt jedoch nicht mit den Angaben der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen der Fraktion DIE LINKE. überein: Demnach wurden im Jahr 2017 49,8 Prozent aller Bescheide des BAMF beklagt, in den Vorjahren 2016 und 2015 lag dieser Anteil bei 24,8 Prozent bzw. 16,1 Prozent – das bedeutet eine Verdreifachung der Klagequote innerhalb von drei Jahren. Ähnlich stellt sich die Entwicklung dar, wenn die Klagequote nur in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF betrachtet wird: Hier lag die Klagequote im Jahr 2015 bei 43 Prozent, 2016 stieg sie auf 68,5 Prozent und im Jahr 2017 lag sie bei 91,3 Prozent (Afghanistan: 96 Prozent) – auch das ist mehr als eine Verdoppelung innerhalb von drei Jahren (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/12623, Antwort zu Frage 11b, und 19/1371, Antwort zu Frage 14c). Die Bundesregierung bestätigte diese Zahlen, der Pressesprecher habe sich jedoch auf die Jahre 2013 und 2014 bezogen, in denen die Klagequoten bei 46,2 Prozent bzw. 40,2 Prozent gelegen hätten (Bundestagsdrucksache 19/3148, Antwort zu Frage 17) – demgegenüber sei die Quote des Jahres 2017 in Höhe von 49,8 Prozent keine „signifikante Steigerung“. Die niedrigen Klagequoten der Jahre 2015 und 2016 seien auf einen besonders hohen Anteil positiver Entscheidungen zurückzuführen – das ist aber gerade keine Erklärung dafür, dass sich auch bei den ablehnenden Bescheiden die Klagequote mehr als verdoppelt hat (s. o.).

Sowohl der Anstieg der Klagequoten als auch der Anstieg der Erfolgsquoten von Geflüchteten bei den Gerichten sind nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller Indizien für eine zunehmende Zahl mangelhafter und rechtswidriger Entscheidungen des BAMF. Zu einem ähnlichen Befund kam offenbar, zumindest intern, auch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ (Nr. 14/2018, Seite 5: „Schneller abschieben“) berichtete über eine „interne Analyse“ im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, nach der es ein „schwerer Fehler“ gewesen sei, die Asylanhörungen im BAMF „auf Teufel komm raus zu beschleunigen“; viele Entscheidungen seien deshalb fehlerhaft und beschäftigten nun massenhaft die Verwaltungsgerichte; die mangelnde Sorgfalt beim BAMF zahle sich nicht aus, beschleunigen solle man lieber an anderer Stelle. Ende 2017 waren 361 059 Klagen bzw. insgesamt 372 443 Verfahren im Asylbereich bei allen Gerichten anhängig (Bundestagsdrucksache 19/1371, Antwort zu den Fragen 14 und 14d).

444 Asylsuchende waren im Jahr 2017 (2016: 273) von Asyl-Flughafenverfahren betroffen. Im Ergebnis wurde 127 Schutzsuchenden (2016: 68) nach einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ die Einreise im Rechtssinne verweigert – wie viele von ihnen tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden oder in Deutschland verbleiben konnten, ist nicht bekannt (Bundestagsdrucksachen 19/1371, Antwort zu Frage 13, und 18/11262, Antwort zu Frage 10).

45 Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2017 waren minderjährig (2016: 36,2 Prozent). 4,6 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2016: 5 Prozent), bei denen die bereinigte Gesamtschutzquote zwischen 78,9 und 88,6 Prozent lag (Bundestagsdrucksachen 19/1371, Antwort zu Frage 9, und 18/11262, Antwort zu Frage 6).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im dritten Quartal 2018, und wie lauten die Vergleichswerte des vorherigen Quartals (bitte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung – darunter Familienasyl –, internationaler Flüchtlingsschutz – darunter Familienschutz –, subsidiärer Schutz – darunter Familienschutz –, nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien und Türkei sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?

Die Fragen 1a und die Quote zu Frage 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt.

3. Quartal 2018	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII Auf- enthG		Gesamt- schutz	Quote zu Frage 1b	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		Anteil	Anteil
Staatsangehörig- keiten gesamt	495	1,1 %	8.823	19,0 %	5.254	11,3 %	1.616	3,5 %	16.188	34,9 %	53,0 %
darunter											
Syrien	86	0,8 %	4.668	43,1 %	3.999	36,9 %	47	0,4 %	8.800	81,2 %	99,8 %
Irak	6	0,1 %	1.051	23,6 %	121	2,7 %	249	5,6 %	1.427	32,1 %	47,9 %
Türkei	137	7,6 %	507	28,2 %	6	0,3 %	10	0,6 %	660	36,7 %	42,1 %
Iran	47	1,9 %	427	17,5 %	27	1,1 %	14	0,6 %	515	21,1 %	33,2 %
Afghanistan	9	0,3 %	415	12,1 %	162	4,7 %	661	19,3 %	1.247	36,3 %	57,6 %
Nigeria	7	0,2 %	88	2,9 %	31	1,0 %	120	3,9 %	246	8,0 %	15,4 %
Somalia	5	0,3 %	363	21,7 %	84	5,0 %	130	7,8 %	582	34,8 %	59,3 %
Ungeklärt	28	2,3 %	369	30,5 %	80	6,6 %	15	1,2 %	492	40,7 %	67,2 %
Russische Föderation	100	5,9 %	33	2,0 %	25	1,5 %	23	1,4 %	181	10,7 %	20,5 %
Eritrea	12	0,8 %	372	26,3 %	451	31,9 %	59	4,2 %	894	63,2 %	90,9 %
Guinea	6	0,8 %	41	5,2 %	5	0,6 %	46	5,8 %	98	12,4 %	21,7 %
Moldau (Republik)	-	-	4	0,5 %	1	0,1 %	-	-	5	0,7 %	0,9 %
Georgien	-	-	-	-	-	-	3	0,5 %	3	0,5 %	0,6 %
Pakistan	4	0,4 %	29	3,1 %	-	-	11	1,2 %	44	4,7 %	8,8 %
Albanien	1	0,1 %	4	0,6 %	1	0,1 %	8	1,2 %	14	2,1 %	3,8 %
Algerien	-	-	1	0,2 %	1	0,2 %	-	-	2	0,5 %	1,2 %
Marokko	1	0,3 %	6	1,6 %	1	0,3 %	2	0,5 %	10	2,7 %	6,0 %
Tunesien	1	0,6 %	-	-	-	-	1	0,6 %	2	1,1 %	3,1 %
Armenien	-	-	1	0,2 %	6	1,0 %	10	1,7 %	17	3,0 %	4,6 %
Serbien	-	-	1	0,2 %	-	-	4	0,7 %	5	0,9 %	2,0 %
Mazedonien	-	-	-	-	-	-	3	0,6 %	3	0,6 %	1,4 %
Kosovo	-	-	-	-	-	-	1	0,3 %	1	0,3 %	0,8 %
Ghana	-	-	1	0,4 %	-	-	7	3,0 %	8	3,5 %	5,5 %
Bosnien und Her- zegowina	-	-	-	-	-	-	1	0,7 %	1	0,7 %	1,6 %
Senegal	-	-	-	-	-	-	1	1,1 %	1	1,1 %	2,7 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

3.Quartal 2018			
	absolut	Anteil	Quote zu Frage 1b
Asylberechtigung	495	1,1 %	1,6 %
darunter Familienschutz	95	0,2 %	0,3 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	8.823	19,0 %	28,9 %
darunter Familienschutz	6.885	14,9 %	22,5 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	10	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nr. 2 AsylG	666	1,4 %	2,2 %
§ 4 I Nr. 3 AsylG	3.791	8,2 %	12,4 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	787	1,7 %	2,6 %
Summe subsidiärer Schutz	5.254	11,3 %	17,2 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	1.488	3,2 %	4,9 %
§ 60 VII AufenthG	128	0,3 %	0,4 %
Summe Abschiebungsverbot	1.616	3,5 %	5,3 %
Gesamtsschutz	16.188	34,9 %	53,0 %

2. Quartal 2018	Asylberechtigung Art. 16a GG		Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII Auf- enthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörig- keiten gesamt	602	1,2 %	7.380	14,2 %	5.908	11,3 %	2.104	4,0 %	15.994	30,7 %	47,4 %
darunter											
Syrien	166	1,7 %	3.513	36,0 %	3.955	40,5 %	74	0,8 %	7.708	78,9 %	99,8 %
Irak	14	0,3 %	717	16,4 %	129	3,0 %	268	6,1 %	1.128	25,9 %	38,4 %
Nigeria	3	0,1 %	178	4,9 %	17	0,5 %	192	5,3 %	390	10,7 %	22,3 %
Afghanistan	9	0,2 %	407	9,2 %	134	3,0 %	861	19,5 %	1.411	32,0 %	49,1 %
Iran	60	2,4 %	341	13,9 %	19	0,8 %	17	0,7 %	437	17,8 %	29,6 %
Türkei	126	6,1 %	491	23,6 %	7	0,3 %	16	0,8 %	640	30,8 %	36,7 %
Eritrea	22	0,9 %	327	13,5 %	1.012	41,9 %	67	2,8 %	1.428	59,1 %	93,5 %
Somalia	3	0,1 %	423	20,1 %	155	7,4 %	149	7,1 %	730	34,6 %	60,2 %
Ungeklärt	36	2,7 %	335	24,8 %	120	8,9 %	29	2,1 %	520	38,5 %	59,3 %
Russische Föderation	73	3,7 %	34	1,7 %	28	1,4 %	43	2,2 %	178	9,0 %	15,8 %
Georgien	-	-	1	0,1 %	-	-	12	1,0 %	13	1,1 %	1,3 %
Guinea	2	0,2 %	80	8,2 %	9	0,9 %	53	5,4 %	144	14,7 %	24,4 %
Pakistan	1	0,1 %	24	2,0 %	7	0,6 %	9	0,7 %	41	3,3 %	6,0 %
Aserbaidshan	-	-	25	3,7 %	2	0,3 %	8	1,2 %	35	5,2 %	10,3 %
Albanien	-	-	-	-	1	0,1 %	4	0,5 %	5	0,7 %	1,1 %
Serbien	-	-	1	0,2 %	1	0,2 %	3	0,5 %	5	0,8 %	1,9 %
Mazedonien	-	-	-	-	-	-	2	0,3 %	2	0,3 %	0,6 %
Kosovo	-	-	-	-	-	-	11	2,8 %	11	2,8 %	7,3 %
Ghana	-	-	2	0,6 %	3	1,0 %	8	2,6 %	13	4,2 %	6,8 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Senegal	2	1,6 %	1	0,8 %	-	-	-	-	3	2,4 %	6,0 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Algerien	-	-	1	0,2 %	2	0,4 %	6	1,1 %	9	1,6 %	3,9 %
Marokko	-	-	10	2,3 %	2	0,5 %	4	0,9 %	16	3,7 %	7,8 %
Tunesien	1	0,4 %	1	0,4 %	4	1,7 %	1	0,4 %	7	3,1 %	7,5 %
Armenien	-	-	2	0,2 %	6	0,7 %	28	3,2 %	36	4,1 %	6,8 %

2.Quartal 2018			
	absolut	Anteil	Quote zu Frage 1b
Asylberechtigung	602	1,2 %	1,8 %
darunter Familienschutz	79	0,1 %	0,2 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	7.380	14,2 %	21,9 %
darunter Familienschutz	4.867	9,3 %	9,5 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	18	0,0 %	0,1 %
§ 4 I Nr. 2 AsylG	1.248	2,4 %	3,7 %
§ 4 I Nr. 3 AsylG	4.039	7,7 %	12,0 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	603	1,2 %	1,8 %
Summe subsidiärer Schutz	5.908	11,3 %	17,5 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	1.922	3,7 %	5,7 %
§ 60 VII AufenthG	182	0,3 %	0,5 %
Summe Abschiebungsverbot	2.104	4,0 %	6,2 %
Gesamtsschutz	15.994	30,7 %	47,4 %

- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht rein formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen im dritten Quartal 2018?

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für das dritte Quartal 2018 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	1
Einstellung wg. § 33 I und II, § 32a II AsylG	609
nicht erforderlich, Dublin	120
sonstige Einstellung	814
Ungeprüft, da sich. Drittstaat	2
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	7.108
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	2.793
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	22
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	6
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	761
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	3.520

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 AsylG (GFK) im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal beruhten auf staatlicher, nicht-staatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Staatsangehörigkeiten gesamt	8.823	6.885	1.149	161	637	381
darunter:						
Syrien	4.668	4.434	157	9	41	14
Irak	1.051	972	9	0	61	22
Türkei	507	90	392	42	3	3
Iran	427	106	304	51	10	9
Afghanistan	415	260	33	7	120	53
Nigeria	88	45	5	4	36	28
Somalia	363	172	8	5	172	140
Ungeklärt	369	205	85	12	53	24
Russische Föderation	33	14	18	3	1	1
Eritrea	372	346	15	7	8	7
Guinea	41	15	1	1	23	19
Moldau (Republik)	4	4	0	0	0	0
Georgien	0	0	0	0	0	0
Pakistan	29	20	8	1	1	1
Albanien	4	4	0	0	0	0

2. Quartal 2018	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familien- flüchtlings- schutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts- spez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Staatsangehörigkeiten gesamt	7.380	4.867	1.405	205	886	578
darunter:						
Syrien	3.513	3.093	309	42	45	20
Irak	717	611	29	3	64	22
Nigeria	178	60	5	3	98	91
Afghanistan	407	193	27	8	174	63
Iran	341	62	246	38	23	18
Türkei	491	60	411	41	2	2
Eritrea	327	262	45	14	10	8
Somalia	423	146	6	5	249	201
Ungeklärt	335	142	140	11	39	23
Russische Föderation	34	22	6	0	3	1
Georgien	1	1	0	0	0	0
Guinea	80	24	6	5	45	40
Pakistan	24	16	1	1	7	7
Aserbaidshan	25	13	11	0	1	1
Albanien	0	0	0	0	0	0

- b) Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und welche Einschätzungen oder Erkenntnisse liegen im BAMF dazu vor, wie viele Asylanträge von zuvor im Wege des legalen Familiennachzugs eingereisten Personen oder hier geborenen Kindern stammen, wie viele solcher Anträge gehen beispielsweise schriftlich im BAMF ein (bitte erläutern und so differenziert wie möglich darlegen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Eine Überprüfung der Zahlen des laufenden Jahres ergab, dass für das erste und zweite Quartal 2018 nur die Zahlen für Asylberechtigung nach Artikel 16a insgesamt angegeben wurden (Bundestagsdrucksache 19/4961). Die Zahlen nach § 26 AsylG werden daher nachfolgend für alle Quartale 2018 korrigiert dargestellt:

1. Quartal 2018	
Asylberechtigung Art. 16a	1.070
§ 26 AsylG Anerkennung	90
§ 3 I AsylG Familienschutz	4.872
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.148
2. Quartal 2018	
Asylberechtigung Art. 16a	602
§ 26 AsylG Anerkennung	79
§ 3 I AsylG Familienschutz	4.867
§ 4 I AsylG Familienschutz	603
3. Quartal 2018	
§ 26 AsylG Anerkennung	95
davon	
in DE geborene Kinder	42
§ 3 I AsylG Familienschutz	6.885
davon	
in DE geborene Kinder	3.735
§ 4 I AsylG Familienschutz	787
davon	
in DE geborene Kinder	664

Asylanträge für in Deutschland geborene Kinder werden schriftlich gestellt.

Aussagen über Antragsteller, die zuvor im Rahmen des Familiennachzugs eingereist sind, können nicht gemacht werden.

- c) Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen auf der EU-Ebene dazu, ob es auch nach der erneuten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems möglich sein wird, einen Schutzstatus im Rahmen des Familienflüchtlingsschutzes zu erteilen, wie es nach derzeitigem Recht in Deutschland der Fall ist, wie bewertet die Bundesregierung dies und welche Position vertritt sie hierzu in den EU-Gremien (bitte ausführen)?

Der Entwurf der Qualifikations-Verordnung sieht eine Erteilung eines eigenen Schutzstatus als Familienangehörige von Schutzberechtigten, nicht vor. Die Bundesregierung hat sich in den Verhandlungen wiederholt für die Erteilung auch eines Schutzstatus als Familienangehörige entsprechend dem deutschen Familienasyl in § 26 des Asylgesetzes ausgesprochen. Dies fand jedoch bisher keine ausreichende Unterstützung. Familienangehörigen wäre aber nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen auf Antrag in dem Mitgliedstaat, der den schutzberechtigten Familienangehörigen anerkannt hat, ein Aufenthaltstitel zu erteilen, sofern keine Ausnahmetatbestände vorliegen. Zudem sind nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen diesen Familienangehörigen weitgehend statusgleiche Rechte wie international Schutzberechtigten zu erteilen. Hierzu gehören u. a. das Recht auf Arbeitsmarkt- und Bildungszugang und der Anspruch auf Sozialhilfe- und Gesundheitsleistungen.

3. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Somalia, Nigeria und Türkei im bisherigen Jahr 2018, differenziert nach Bundesländern (bitte jeweils auch die absolute Fallzahl der Entscheidungen in den jeweiligen Bundesländern und Gesamtzahlen für alle Bundesländer nennen), und wie waren die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen in Bezug auf diese Herkunftsländer im bisherigen Jahr 2018, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen im Jahr 2018 auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jan – Okt 2018 Afghanistan	Gesamt- schutz absolut	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	853	35,3 %	42,4 %
Bayern	571	35,7 %	56,0 %
Berlin	327	36,1 %	52,1 %
Brandenburg	168	27,3 %	40,0 %
Bremen	31	24,6 %	44,3 %
Hamburg	346	37,3 %	53,6 %
Hessen	788	41,7 %	53,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	187	48,8 %	80,6 %
Niedersachsen	525	35,4 %	47,4 %
Nordrhein-Westfalen	1.057	41,4 %	53,5 %
Rheinland-Pfalz	309	39,0 %	53,7 %
Saarland	26	27,1 %	61,9 %
Sachsen	158	27,4 %	50,0 %
Sachsen-Anhalt	164	38,7 %	70,1 %
Schleswig-Holstein	420	30,1 %	44,7 %
Thüringen	218	47,7 %	68,8 %
Gesamt	6.148	36,9 %	51,2 %

Jan – Okt 2018 Irak	Gesamt- schutz absolut	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	527	25,3 %	35,6 %
Bayern	457	21,1 %	32,5 %
Berlin	148	23,9 %	37,3 %
Brandenburg	6	3,7 %	7,6 %
Bremen	66	52,4 %	66,0 %
Hamburg	167	36,5 %	53,7 %
Hessen	214	24,3 %	38,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	33	18,3 %	36,7 %
Niedersachsen	1.425	46,9 %	59,0 %
Nordrhein-Westfalen	1.746	37,1 %	49,7 %
Rheinland-Pfalz	29	11,6 %	19,2 %
Saarland	28	28,6 %	54,9 %
Sachsen	128	25,0 %	47,6 %
Sachsen-Anhalt	15	8,2 %	21,7 %
Schleswig-Holstein	245	26,0 %	38,2 %
Thüringen	115	24,9 %	44,1 %
Gesamt	5.349	31,7 %	45,4 %

Jan – Okt 2018 Iran	Gesamt- schutz absolut	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	244	25,3 %	36,1 %
Bayern	80	9,7 %	15,8 %
Berlin	81	19,6 %	28,4 %
Brandenburg	25	8,6 %	12,4 %
Bremen	18	27,3 %	34,0 %
Hamburg	82	21,1 %	33,5 %
Hessen	200	20,4 %	31,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	76	47,5 %	61,3 %
Niedersachsen	302	27,5 %	36,9 %
Nordrhein-Westfalen	527	25,4 %	38,0 %
Rheinland-Pfalz	183	31,2 %	42,8 %
Saarland	18	38,3 %	64,3 %
Sachsen	53	22,4 %	34,6 %
Sachsen-Anhalt	33	12,9 %	25,0 %
Schleswig-Holstein	217	33,2 %	45,2 %
Thüringen	40	17,9 %	37,7 %
Gesamt	2.179	23,5 %	34,8 %

Jan – Okt 2018 Somalia	Gesamt- schutz absolut	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	373	41,9 %	59,0 %
Bayern	466	36,3 %	53,9 %
Berlin	53	40,2 %	74,6 %
Brandenburg	45	26,6 %	45,9 %
Bremen	34	52,3 %	81,0 %
Hamburg	89	42,4 %	67,4 %
Hessen	554	48,1 %	73,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	67	49,6 %	82,7 %
Niedersachsen	249	41,9 %	73,0 %
Nordrhein-Westfalen	374	37,7 %	71,1 %
Rheinland-Pfalz	298	42,2 %	67,4 %
Saarland	6	28,6 %	66,7 %
Sachsen	57	38,8 %	57,0 %
Sachsen-Anhalt	42	29,2 %	60,0 %
Schleswig-Holstein	125	42,5 %	81,2 %
Thüringen	83	39,7 %	76,9 %
Gesamt	2.915	40,8 %	65,9 %

Jan – Okt 2018 Nigeria	Gesamt- schutz absolut	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	352	11,2 %	18,2 %
Bayern	571	12,7 %	22,0 %
Berlin	13	18,8 %	46,4 %
Brandenburg	1	1,0 %	3,2 %
Bremen	6	24,0 %	75,0 %
Hamburg	3	5,2 %	16,7 %
Hessen	50	13,7 %	30,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	7	31,8 %	43,8 %
Niedersachsen	48	17,8 %	33,8 %
Nordrhein-Westfalen	498	23,1 %	37,5 %
Rheinland-Pfalz	18	4,7 %	12,4 %
Saarland	1	2,2 %	4,3 %
Sachsen	17	17,2 %	35,4 %
Sachsen-Anhalt	3	3,5 %	9,1 %
Schleswig-Holstein	7	7,7 %	16,7 %
Thüringen	25	15,6 %	54,3 %
Gesamt	1.620	14,0 %	24,6 %

Jan – Okt 2018 Türkei	Gesamt- schutz absolut	Anteil Gesamtschutz an allen Asylentscheidungen des BAMF	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Baden-Württemberg	453	40,1 %	44,1 %
Bayern	199	35,5 %	40,4 %
Berlin	78	19,1 %	23,6 %
Brandenburg	17	10,4 %	12,1 %
Bremen	4	5,1 %	6,3 %
Hamburg	17	13,2 %	15,3 %
Hessen	468	43,3 %	50,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	20	35,7 %	50,0 %
Niedersachsen	196	27,8 %	32,3 %
Nordrhein-Westfalen	944	54,4 %	60,7 %
Rheinland-Pfalz	128	35,0 %	39,8 %
Saarland	16	32,0 %	38,1 %
Sachsen	111	35,2 %	41,9 %
Sachsen-Anhalt	34	22,2 %	25,8 %
Schleswig-Holstein	63	27,6 %	30,7 %
Thüringen	92	46,7 %	55,8 %
Gesamt	2.840	38,6 %	44,2 %

Differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF:

01.01. – 31.10.2018	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Gesamt	16.651	51,2 %
AS Ingelheim/Bingen	96	88,4 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	133	81,4 %
AS Nostorf-Horst, LAS	312	78,4 %
AZ Bonn	216	73,8 %
AZ Dortmund	97	71,6 %
AZ Suhl	277	70,5 %
AS Dortmund, LAS	303	62,9 %
AS München	679	62,8 %
AZ Mönchengladbach	119	62,4 %
AZ Gießen, LAS	864	62,0 %
AZ Heidelberg	229	61,7 %
AZ Bramsche	213	61,5 %
AS Freiburg	95	61,4 %
AS Diez	182	59,4 %
AZ Berlin	157	59,4 %
AZ Trier	162	59,3 %
AS Augsburg	183	57,0 %
AS Düsseldorf	128	56,9 %
AZ Halberstadt, LAS	454	55,9 %
AS Mühlhausen/Th.	121	55,8 %
AS Ellwangen	145	55,6 %
AZ Dresden	156	55,3 %
AS Berlin, LAS	497	54,9 %
AS Trier, LAS	223	54,8 %
Entscheidungszentrum West	231	54,6 %
AS Karlsruhe 2	100	54,4 %
AS Bidingen	318	54,1 %
AZ Hamburg, LAS	659	53,6 %
Entscheidungszentrum Südwest	284	52,9 %
AZ Bad Fallingb.ostel	132	51,8 %
AS Rendsburg	150	51,2 %
AS Sigmaringen	96	50,7 %
AZ Leipzig	99	50,0 %
AZ Münster	134	48,5 %

01.01. – 31.10.2018	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
AS Essen	121	48,2 %
AZ Neumünster-Haart, LAS	192	47,9 %
AS Friedland, LAS	108	47,4 %
AS Kiel	277	46,8 %
AS Karlsruhe 1, LAS	138	46,5 %
AZ Stern-Buchholz	98	45,8 %
AS Oldenburg	141	45,4 %
AS Neumünster-Boostedt	391	43,1 %
AS Schweinfurt	218	42,3 %
AZ Bielefeld	375	41,8 %
AZ Eisenhüttenstadt	296	41,2 %
AZ Gießen – Offenbach	439	41,1 %
AS Regensburg	58	40,7 %
AZ Chemnitz, LAS	363	40,4 %
AZ Bremen, LAS	87	40,3 %
Entscheidungszentrum Ost	1.563	40,1 %
AZ Lebach, LAS	180	39,6 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	184	38,0 %
AS Neustadt	104	36,7 %
AS Hermeskeil	56	35,1 %
AS Manching	208	34,1 %
AS Deggendorf	175	32,8 %
AS Zirndorf	462	31,8 %
AS Frankfurt/Flughafen	59	26,3 %
32D Dublinzentrum Berlin	810	-
32E Dublinzentrum Dortmund	605	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	551	-

01.01. – 31.10.2018	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Gesamt	16.868	45,4 %
AS Augsburg	77	76,8 %
AZ Dresden	137	72,2 %
AZ Bremen, LAS	103	65,3 %
AZ Bramsche	463	64,6 %
AS Freiburg	90	63,9 %
AS Oldenburg	560	61,3 %
AS Friedland, LAS	201	60,9 %
31B Nürnberg	258	58,7 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	90	58,7 %
AS Neustadt	88	58,0 %
AZ Dortmund	334	56,9 %
AS Dortmund, LAS	620	56,4 %
AZ Bonn	467	55,7 %
AZ Leipzig	147	55,6 %
Entscheidungszentrum Ost	1.823	54,5 %
AZ Bielefeld	841	53,5 %
AS Ellwangen	116	53,4 %
AS Karlsruhe 1, LAS	137	52,1 %
AS München	128	50,5 %
AZ Hamburg, LAS	290	46,4 %
AS Düsseldorf	133	46,4 %
AZ Lebach, LAS	95	45,2 %
AZ Bad Fallingb. b. S.	430	45,0 %
AS Rendsburg	55	43,9 %
AZ Gießen, LAS	519	43,3 %
AS Deggendorf	159	42,7 %
AS Büdingen	134	42,3 %
AS Neumünster-Boostedt	272	42,0 %
AS Sigmaringen	139	42,0 %
AZ Suhl	280	40,8 %
AS Berlin, LAS	291	39,8 %
AZ Berlin	171	38,8 %
AS Karlsruhe 2	78	38,1 %

01.01. – 31.10.2018	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
AZ Stern-Buchholz	187	37,5 %
AZ Neumünster-Haart, LAS	260	35,5 %
AZ Münster	207	32,9 %
AZ Gießen – Offenbach	199	31,0 %
AS Essen	255	30,6 %
AZ Chemnitz, LAS	173	30,3 %
AZ Mönchengladbach	266	28,7 %
AS Trier, LAS	59	28,3 %
AS Zirndorf	1.198	28,1 %
AZ Heidelberg	403	26,5 %
AS Kiel	125	26,4 %
AZ Halberstadt, LAS	126	20,5 %
AZ Trier	167	20,1 %
AS Regensburg	591	19,7 %
AS Schweinfurt	100	9,9 %
AZ Eisenhüttenstadt	95	5,6 %
32E Dublinzentrum Dortmund	905	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	895	-
32D Dublinzentrum Berlin	591	-

01.01. – 31.10.2018	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Gesamt	9.268	34,8 %
AS Ingelheim/Bingen	66	87,5 %
AZ Dresden	54	64,7 %
AS Karlsruhe 1, LAS	51	63,3 %
AS Nostorf-Horst, LAS	148	61,0 %
AS Düsseldorf	52	58,3 %
AS Neumünster-Boostedt	147	52,4 %
AZ Dortmund	121	52,3 %
AS Trier, LAS	109	51,7 %
AS Dortmund, LAS	172	51,5 %
AZ Bonn	199	50,5 %
AZ Münster	152	48,5 %
AS Büdingen	88	43,2 %
AS Kiel	106	43,1 %
AS Berlin, LAS	105	42,5 %
AZ Bramsche	126	42,4 %
AS Essen	108	42,2 %
AZ Neumünster-Haart, LAS	197	41,6 %
AZ Suhl	152	38,5 %
Entscheidungszentrum Ost	1.016	37,8 %
AZ Bad Fallingb.ostel	87	37,5 %
AZ Hamburg, LAS	229	34,7 %
AZ Gießen, LAS	486	33,0 %
AZ Mönchengladbach	128	30,6 %
AZ Trier	211	25,6 %
AZ Heidelberg	257	24,9 %
AZ Halberstadt, LAS	235	24,8 %
AZ Gießen – Offenbach	134	24,0 %
AZ Berlin	123	18,9 %
AZ Bielefeld	237	16,4 %
AS Frankfurt/Flughafen	103	15,3 %
AS Zirndorf	653	13,5 %
AZ Chemnitz, LAS	150	12,6 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	221	12,4 %
AZ Bamberg	90	6,8 %
32E Dublinzentrum Dortmund	947	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	674	-
32D Dublinzentrum Berlin	576	-

01.01. – 31.10.2018	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Gesamt	11.602	24,6 %
AZ Dortmund	158	48,0 %
AZ Suhl	132	45,1 %
AS Dortmund, LAS	357	44,7 %
AZ Gießen – Offenbach	258	43,1 %
AS Essen	123	39,6 %
AZ Bonn	109	35,1 %
AS Karlsruhe 1, LAS	135	34,2 %
AS Regensburg	140	34,1 %
AZ Gießen, LAS	161	34,0 %
AS Neustadt	66	33,9 %
AZ Mönchengladbach	75	33,3 %
AS Freiburg	59	33,3 %
AZ Bad Fallingb.ostel	52	32,5 %
AZ Münster	170	32,5 %
AS Düsseldorf	109	31,5 %
Entscheidungszentrum West	106	31,0 %
AS Augsburg	153	29,1 %
Entscheidungszentrum Ost	1.042	28,9 %
AS Deggendorf	374	20,6 %
AZ Bielefeld	106	20,3 %
AS München	1.856	19,4 %
AS Ellwangen	128	16,7 %
AS Zirndorf	141	15,3 %
AS Sigmaringen	57	15,0 %
AZ Trier	176	12,2 %
AS Manching	246	8,2 %
AS Karlsruhe 2	75	5,3 %
AZ Heidelberg	631	2,8 %
32F Dublinzentrum Bayreuth	2.668	-
32E Dublinzentrum Dortmund	804	-
32D Dublinzentrum Berlin	298	-

01.01. – 31.10.2018	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Gesamt	7.147	65,9 %
AS Jena/Hermsdorf, LAS	57	97,6 %
AZ Bremen, LAS	67	90,6 %
AS Neumünster-Boostedt	102	90,2 %
AS Ingelheim/Bingen	126	88,9 %
AZ Bonn	114	88,0 %
AZ Mönchengladbach	70	85,1 %
AS Berlin, LAS	102	83,8 %
AS München	256	79,1 %
AZ Bramsche	80	78,8 %
AS Diez	106	77,3 %
AS Neustadt	63	76,9 %
AZ Neumünster-Haart, LAS	61	76,7 %
AS Dortmund, LAS	92	76,7 %
AZ Stern-Buchholz	180	76,5 %
AZ Chemnitz, LAS	73	75,4 %
AZ Bad Fallingb. ostel	61	75,0 %
AZ Gießen, LAS	649	74,8 %
AS Regensburg	70	71,2 %
AZ Gießen – Offenbach	187	70,6 %
AZ Hamburg, LAS	144	69,7 %
AS Trier, LAS	158	69,5 %
AS Büdingen	155	69,3 %
AZ Suhl	129	66,3 %
AZ Heidelberg	99	61,8 %
AS Karlsruhe I, LAS	67	60,3 %
AZ Bielefeld	153	60,2 %
AZ Eisenhüttenstadt	67	56,1 %
AZ Halberstadt, LAS	123	55,4 %
Entscheidungszentrum Ost	760	53,4 %
AS Schweinfurt	582	50,7 %
AS Essen	86	46,0 %
AZ Trier	110	42,4 %
AS Augsburg	64	37,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	75	36,2 %
AS Zirndorf	79	22,6 %
32F Dublinzentrum Bayreuth	494	-
32E Dublinzentrum Dortmund	436	-
32D Dublinzentrum Berlin	211	-

01.01. – 31.10.2018	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
Gesamt	7.363	44,2 %
AS Essen	133	78,3 %
AS Ellwangen	115	68,5 %
AZ Bonn	341	65,6 %
AZ Suhl	242	65,4 %
AZ Mönchengladbach	182	63,6 %
AZ Münster	376	61,7 %
AS Dortmund, LAS	192	59,3 %
AZ Gießen, LAS	798	56,3 %
AZ Dresden	82	54,8 %
AZ Dortmund	89	53,2 %
AZ Heidelberg	410	50,5 %
AZ Leipzig	133	48,8 %
AZ Bielefeld	170	47,5 %
AS Augsburg	426	41,6 %
AS Neustadt	139	41,5 %
AZ Neumünster-Haart, LAS	81	40,0 %
AZ Lebach, LAS	59	39,6 %
AZ Gießen – Offenbach	325	36,9 %
AZ Berlin	177	36,7 %
AZ Bad Fallingb. Ost	101	36,5 %
AS Friedland, LAS	71	36,4 %
AZ Bramsche	101	34,7 %
AZ Trier	303	34,6 %
AS Nostorf-Horst, LAS	73	30,6 %
AS Neumünster-Boostedt	51	29,5 %
AS Oldenburg	62	29,1 %
AS Karlsruhe 1, LAS	55	27,7 %
AZ Halberstadt, LAS	164	27,4 %
AS Schweinfurt	109	27,1 %
Entscheidungszentrum Ost	126	23,5 %
AS Büdingen	125	21,8 %
AZ Chemnitz, LAS	205	17,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	61	14,0 %
AZ Eisenhüttenstadt	101	13,3 %
AZ Hamburg, LAS	94	11,9 %
AZ Bremen, LAS	95	8,8 %
AS Berlin, LAS	106	7,9 %
32E Dublinzentrum Dortmund	239	-
32F Dublinzentrum Bayreuth	213	-
32D Dublinzentrum Berlin	109	-

4. Welches waren die jeweils 15 Organisationseinheiten mit den nach oben bzw. unten (bitte differenzieren und auf- bzw. absteigend auflisten) am stärksten von der so genannten Referenzschutzquote im bisherigen Jahr 2018 abweichenden Schutzquoten, und wie erklärt das BAMF etwaige deutlich auffallende Abweichungen, insbesondere auch bei negativ abweichenden Schutzquoten (bitte darlegen)?

Die angefragten Abweichungen zwischen ausgewiesener Schutzquote* (SQ) und der Referenz-Schutzquote (RSQ)* waren in diesen 15 Organisationseinheiten am stärksten:

Referenz-Schutzquoten* (01.01.2018 bis 31.10.2018)			
Organisationseinheiten	Referenz-Schutzquote (RSQ)*	Delta SQ zur RSQ*	Summe getroffene Entscheidungen
AS Burbach	59,3 %	20,7 %	10
AS Ingelheim/Bingen	64,0 %	17,8 %	668
AS Frankfurt/Flughafen	32,2 %	15,3 %	1.033
AS Eisenhüttenstadt, LAS	40,2 %	12,9 %	1.751
AZ Bonn	42,5 %	11,5 %	3.625
AS Bad Berleburg	44,3 %	11,3 %	23
AS Nostorf-Horst, LAS	33,2 %	10,9 %	1.511
AS Manching	22,6 %	9,6 %	1.006
AS Kusel	53,1 %	9,6 %	220
AZ Eisenhüttenstadt	38,7 %	9,5 %	2.785
AS Jena/Hermsdorf, LAS	65,1 %	9,0 %	944
AS Zirndorf	48,7 %	9,0 %	6.996
AS Regensburg	31,1 %	8,8 %	2.081
AS Schweinfurt	41,3 %	8,0 %	1.968
AZ Chemnitz, LAS	35,9 %	7,5 %	3.468

*Schutzquoten ohne formelle Verfahrenserledigungen.

Hierzu hat das BAMF in zahlreichen Kleinen Anfragen bereits Stellung genommen (unter anderem Bundestagdrucksachen 18/13670, 19/385, 19/1371 und 19/3148). Unterschiede in der Entscheidungspraxis lassen sich im Allgemeinen auf vielfältige Gründe zurückführen.

Insbesondere zu nennen sind hier nach Erkenntnis des BAMF: Merkmale des Antragstellers (z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand), örtliche Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte, unterschiedlich hohes Aufkommen verschiedener Personengruppen sowie Unterschiede in der regionalen Verteilung.

5. Wieso hat die Bundesregierung bei ihrer Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/4961 nicht ausgeführt, dass das Forschungszentrum des BAMF auch Erklärungsfaktoren zu unterschiedlichen Schutzquoten genannt hat, die mit den jeweiligen Organisationseinheiten zusammenhängen („Mikroklima“ in jeder Organisationseinheit, etwa: „institutionelle Faktoren vor Ort“, Auswirkungen einer unterschiedlichen Rechtsprechung, unterschiedliche Zusammensetzung des Personals, lokale Wissenserschließung und Auslegung von Leitsätzen usw.; siehe Ausschussdrucksache 19(4)128, Seiten 7 f.) und die von der Bundesregierung bislang nicht genannt wurden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antwort zu Frage 5) – obwohl ausdrücklich nach einer detaillierten Darlegung der Erkenntnisse, Annahmen, Vermutungen, Ergebnisse oder Zwischenergebnisse des Forschungszentrums gefragt worden war (bitte nachvollziehbar begründen), und welche Ausführungen und Angaben kann die Bundesregierung hierzu machen, gegebenenfalls auch zu neuen Erkenntnissen des Forschungszentrums (bitte so ausführlich wie möglich darlegen)?

Da es keinen einzelnen Faktor gibt, der in der Lage wäre, die Unterschiede in der Entscheidungspraxis belastbar erklären zu können, und die von den Fragestellern zitierten Erklärungsansätze in der Ausschussdrucksache 19(4)128 klar als hypothetisch (d. h. nicht anderweitig verifiziert) erkennbar sind, wurde zusammenfassend geantwortet. Neuere Erkenntnisse liegen dem Forschungszentrum nicht vor.

6. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2018 bislang registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylgesuche	Asylerstanträge
Januar 18	12.285	12.907
Februar 18	11.007	10.760
März 18	10.717	10.712
April 18	10.999	11.385
Mai 18	11.556	10.849
Juni 18	12.206	11.509
Juli 18	13.779	13.194
August 18	12.931	13.141
September 18	12.044	11.239
Oktober 18	13.635	13.001
01.01. – 31.10.2018 (kumulierter Wert)*	140.137	138.655

* Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen sind die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert zu addieren.

7. Zu wie vielen asylsuchenden Personen wurde im dritten Quartal 2018 nach Angaben des Ausländerzentralregisters eine Ausreise registriert, obwohl noch kein Abschluss des Asylverfahrens erfasst war (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Bundesländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Oktober 2018 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 2.273 nicht aufhältige Personen mit einer Ausreise im dritten Quartal 2018 erfasst, bei denen zum Zeitpunkt der Ausreise noch kein Abschluss des Asylverfahrens gespeichert war. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylbewerber, die im dritten Quartal 2018 ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	Gesamt
Alle Staatsangehörigkeiten	2.273
darunter	
Georgien	185
Albanien	171
Moldau (Republik)	167
Irak	132
Afghanistan	128
Mazedonien	122
Ukraine	114
Russische Föderation	114
Pakistan	100
Serbien	94
Armenien	81
Kosovo	73
Türkei	60
Syrien	60
Algerien	54

Asylbewerber, die im dritten Quartal 2018 ohne Abschluss des Asylverfahrens ausgereist sind	Gesamt
alle Bundesländer	2.273
davon:	
Baden-Württemberg	267
Bayern	551
Berlin	128
Brandenburg	93
Bremen	11
Hamburg	46
Hessen	145
Mecklenburg-Vorpommern	51
Niedersachsen	154
Nordrhein-Westfalen	462
Rheinland-Pfalz	141
Saarland	7
Sachsen	99
Sachsen-Anhalt	36
Schleswig-Holstein	54
Thüringen	28

8. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Jahr 2018 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren im Zeitraum 01.01. – 31.10.2018				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragssteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere
Gesamt	55.567	26.836	28.731	52 %
darunter:				
Afghanistan	3.558	472	3.086	87 %
Albanien	980	537	443	45 %
Eritrea	2.485	298	2.187	88 %
Georgien	2.201	1.161	1.040	47 %
Guinea	1.588	23	1.565	99 %
Irak	6.270	4.112	2.158	34 %
Iran	6.697	3.030	3.667	55 %
Moldau (Republik)	815	713	102	13 %
Nigeria	5.718	170	5.548	97 %
Pakistan	1.333	152	1.181	89 %
Russische Föderation	1.686	955	731	43 %
Somalia	2.199	75	2.124	97 %
Syrien	12.504	9.685	2.819	23 %
Türkei	5.914	4.662	1.252	21 %
Ungeklärt	1.619	791	828	51 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

9. In wie vielen Fällen wurden im bisherigen Jahr 2018 (bitte nach Monaten auflisten und Gesamtzahlen nennen) mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (soweit möglich auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern auflisten), und wie ist der aktuelle Stand der technischen Ausstattung der Stellen im BAMF mit entsprechenden Auslesegeräten?

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2018 wurden insgesamt 9 710 Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren ausgelesen.

Differenzierte Angaben nach Monaten und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Monat	Anzahl an Datenträger
Januar	1.028
Februar	835
März	1.071
April	1.040
Mai	943
Juni	923
Juli	990
August	984
September	814
Oktober	1082

nach Haupt-Staats- angehörigkeiten	Jan 18	Feb 18	Mrz 18	Apr 18	Mai 18	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18
Afghanistan	73	82	76	83	111	115	110	99	78	107
Albanien	9	9	3	9	8	6	14	9	5	13
Eritrea	114	61	233	228	93	72	56	27	31	39
Georgien	20	35	27	9	14	9	12	15	17	18
Guinea	25	21	33	19	22	32	18	30	23	24
Irak	57	62	56	45	53	59	53	72	69	91
Iran	111	60	51	89	72	83	81	135	112	170
Moldau (Republik)	2	3	2		1		3	1	4	6
Nigeria	108	115	166	174	178	135	146	136	86	101
Pakistan	39	32	20	21	23	23	18	30	33	38
Russische Föderation	20	21	11	19	18	14	19	16	13	13
Somalia	57	36	60	47	39	33	25	33	22	35
Syrien	53	50	46	55	46	56	114	91	62	102
Türkei	31	23	31	21	26	34	45	35	32	45
Ungeklärt	16	10	19	10	14	20	28	15	19	18

Alle mit Asylaufgaben befassten Organisationseinheiten wurden flächendeckend in ausreichender Stückzahl mit entsprechenden Auslesegeräten ausgestattet.

- a) Zu welchem ungefähren Anteil verfügen Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt ist, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil können diese technisch ausgelesen werden (wenn es diesbezüglich Probleme gibt, bitte darlegen), zu welchen Anteilen erfolgt das Auslesen auf freiwilliger Basis bzw. in wie Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte jeweils so konkret und ausführlich wie möglich antworten)?

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2018 gaben 35 Prozent der persönlichen Erstantragsteller ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren an, dass Sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von 74 Prozent konnten die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden.

Asylsuchende werden lediglich unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

- b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert und konkret wie möglich antworten) – und was waren die Gründe für entsprechende Ablehnungen (bitte zumindest die wichtigsten typischen Gründe für eine Ablehnung nennen; eine statistische Auswertung ist diesbezüglich nicht erforderlich)?

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2018 wurden zu den insgesamt 9 710 ausgelesenen Datenträgern von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren insgesamt 4 696 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden bisher 2 845 Datenträger-Auswertungen freigegeben. Bei den restlichen Anträgen in Höhe von 1.851 wurde in 1 324 Fällen eine Ablehnung ausgesprochen. In den übrigen 527 Fällen gab es bisher noch keine Entscheidung.

- c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Auslegung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und so konkret wie möglich unter Angabe konkreter Zahlen antworten)?

Im Zeitraum Januar bis Oktober 2018 führte die Ergebnisdokumentation der Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren dazu, dass bei ungefähr 32 Prozent die Identität der Antragsteller bestätigt und bei ungefähr 2 Prozent die Identität widerlegt werden konnte. In 65 Prozent der Fälle konnten keine sachdienlichen Erkenntnisse aus der Ergebnisdokumentation gewonnen werden.

10. Inwieweit ist die Bundesregierung der Auffassung (bitte begründet darlegen), dass in den ca. 41 Fällen, in denen sich bis Ende Juli 2018 Zweifel an der Identität bzw. Herkunft durch die Datenauswertung erhärtet haben (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antworten zu den Fragen 11 ff.), sich diese Zweifel auch durch eine genaue Befragung in der Anhörung ergeben hätten, und inwieweit hält sie angesichts dieser geringen Zahl den Einsatz einer viele Millionen Euro kostenden und grundrechtseingreifenden Technik unverändert für verhältnismäßig und angebracht (bitte begründen)?

Auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/4961 wird verwiesen.

Die Assistenzsysteme – biometrischer Lichtbildabgleich, Dialekterkennung, einheitliche Namenstransliteration und Auslesen von Datenträgern gemäß §15 Absatz 2 Nummer 6 AsylG – werden unterstützend zur Identitätsklärung eingesetzt, wenn Papiere und Pässe der Antragstellenden fehlen. Sie geben den Entscheidungsträgern und Entscheidern für die Anhörung wichtige Hinweise auf die Identität und Herkunft der Antragsteller.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ist der Auffassung, dass die Entwicklung und Implementierung der genannten Assistenzsysteme es dem BAMF ermöglichen, die Angaben der Asylsuchenden bereits während der Registrierung zu prüfen und die in die Anhörung eingebundenen Mitarbeiter bei der Beurteilung, ob die erhobenen Informationen in sich plausibel und richtig sind, zu unterstützen.

11. Wie viele Asylanträge wurden im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im dritten Quartal 2018 bei 59,9 Prozent (zweites Quartal 2018: 45,6 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 48,5 Prozent (zweites Quartal 2018: 52,3 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 53,4 Prozent (zweites Quartal 2018: 46,3 Prozent).

Die Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formaler Entscheidungen bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im dritten Quartal 2018 bei 65,4 Prozent (zweites Quartal 2018 bei 60,3 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 53,8 Prozent (zweites Quartal 2018: 58,9 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 68,3 Prozent (zweites Quartal 2018: 60,6 Prozent).

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.
Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben:

		3. Quartal 2018	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		40.537	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	19.538	48,2 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	17.961	44,3 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	174	0,4 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	2.779	6,9 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	1.577	3,9 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	600	1,5 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	23	0,1 %

		2. Quartal 2018	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		36.523	
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	16.935	46,4 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	15.421	42,2 %
	unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	197	0,5 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	2.316	6,3 %
	Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	1.514	4,1 %
	unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	742	2,0 %
	Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG	28	0,1 %

12. Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im dritten Quartal 2018 einen Asylerstantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Staatsangehörigkeit gesamt	774
darunter	
Afghanistan	156
Eritrea	111
Somalia	93
Guinea	81
Syrien	77
Irak	43
Iran	28
Gambia	22
Türkei	13
Albanien	11
Sudan (ohne Südsudan)	10
Ungeklärt	10
Äthiopien	9
Marokko	9
Nigeria	8

3. Quartal 2018	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	774
Baden-Württemberg	52
Bayern	110
Berlin	22
Brandenburg	26
Bremen	7
Hamburg	40
Hessen	86
Mecklenburg-Vorpommern	22
Niedersachsen	89
Nordrhein-Westfalen	162
Rheinland-Pfalz	31
Saarland	5
Sachsen	33
Sachsen-Anhalt	19
Schleswig-Holstein	47
Thüringen	23

3. Quartal 2018	Entscheidungen über Erstanträge unbegleiteter Minderjähriger				
	insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Gesamt	727	-	66	187	125
darunter					
Afghanistan	124	-	13	10	42
Eritrea	112	-	2	91	7
Somalia	114	-	27	7	25
Guinea	76	-	3	1	16
Syrien	82	-	9	60	1
Irak	58	-	-	8	12
Iran	12	-	-	-	-
Gambia	17	-	2	-	4
Türkei	8	-	-	-	-
Albanien	5	-	-	-	-
Sudan (ohne Südsudan)	6	-	3	3	-
Ungeklärt	11	-	4	-	-
Äthiopien	5	-	-	1	2
Marokko	12	-	-	-	-
Nigeria	8	-	-	1	2

13. Wie ist der aktuelle Stand der regierungsinternen Ressortabstimmung zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 12. April 2018 (Rechtssache C-550/16), welche unterschiedlichen Rechtsauffassungen werden hierzu vertreten, wann ist gegebenenfalls mit einer regierungseinheitlichen Linie hierzu zu rechnen und in welchem Rahmen wird hierüber durch wen entschieden werden (bitte so ausführlich wie möglich darlegen), und von welcher ungefähren Zahl von diesem Urteil Betroffener (soweit möglich bitte zwischen Minderjährigen und Angehörigen differenzieren) geht die Bundesregierung oder gehen fachkundige Bundesbehörden aus (bitte auch Schätzwerte angeben)?

Derzeit sind weitere Gespräche im Hinblick auf den Umgang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 12. April 2018, Rs. C-550/16 vorgesehen, sodass derzeit noch nicht absehbar ist, wann ein abschließendes Ergebnis vorliegen wird. Die Bundesregierung bemüht sich jedoch um den raschen Abschluss der Prüfung. Bis dahin gilt die bestehende Erlasslage.

Eine verlässliche Schätzung der Zahl der von diesem Urteil in Deutschland möglicherweise Betroffenen ist der Bundesregierung nicht möglich.

14. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im dritten Quartal 2018 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das dritte Quartal 2018 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018 Grenze	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurück- gewiesen	davon zurück- geschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	438	37	20	372
Frankreich	96		4	91
Österreich	87	37	1	48
Belgien	77			77
Schweiz	65		6	59
Dänemark	31			31
Tschechische Republik	21		6	13
Flughäfen	21			19
Seehäfen	15			15
Niederlande	15		3	12
Luxemburg	7			7
Polen	3			

3. Quartal 2018 Staatsangehörigkeit (Top-5)	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurück- gewiesen	davon zurück- geschoben	davon Übergabe an Jugendämter
Gesamt	438	37	20	372
Afghanistan	59	15	1	41
Guinea	54	1		53
Marokko	48	2	1	45
Somalia	42	1		41
Algerien	22		1	21

Etwaige Differenzen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an zur Abholung berechnete Personen.

15. Wie viele Asylanträge wurden im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	14.379	3.606	25,1 %
Syrien	14	4	28,6 %
Irak	1.553	59	3,8 %
Türkei	908	61	6,7 %
Iran	1.036	25	2,4 %
Afghanistan	919	25	2,7 %
Nigeria	1.355	154	11,4 %
Somalia	400	13	3,3 %
Ungeklärt	240	73	30,4 %
Russische Föderation	700	63	9,0 %
Eritrea	89	3	3,4 %
Guinea	354	61	17,2 %
Moldau (Republik)	537	335	62,4 %
Georgien	460	262	57,0 %
Pakistan	458	87	19,0 %
Albanien	355	350	98,6 %

2. Quartal 2018	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	17.752	4.292	24,2 %
Syrien	14	0	0,0 %
Irak	1.809	42	2,3 %
Nigeria	1.361	181	13,3 %
Afghanistan	1.460	35	2,4 %
Iran	1.039	32	3,1 %
Türkei	1.103	115	10,4 %
Eritrea	99	3	3,0 %
Somalia	482	8	1,7 %
Ungeklärt	357	163	45,7 %
Russische Föderation	946	63	6,7 %
Georgien	978	514	52,6 %
Guinea	445	68	15,3 %
Pakistan	648	88	13,6 %
Aserbaidshan	304	46	15,1 %
Albanien	431	421	97,7 %

16. Wie viele so genannte Flughafenverfahren wurden im dritten Quartal 2018 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Im Berichtszeitraum wurden keine unbegleiteten Antragsteller unter 18 Jahren an Flughäfen erfasst:

3. Quartal 2018			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Staatsangehörigkeit	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
	136	60	0	59
darunter				
Syrien	13	8	0	4
Irak	4	2	0	0
Türkei	9	3	0	4
Iran	27	20	0	3
Afghanistan	7	7	0	0
Guinea	2	0	0	1
Somalia	4	0	0	3
Ungeklärt	2	1	0	0
Russische Föderation	4	4	0	0
Eritrea	2	2	0	0

3. Quartal 2018			Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
	136	60	0	59
darunter				
Frankfurt/Flughafen	114	60	0	52
München	22	0	0	7

17. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2018 (bitte jeweils in der Differenzierung wie auf Bundestagsdrucksache 19/4961 in der Antwort zu Frage 20 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, unterschiedliche Instanzen, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO); neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 30.09. 2018	Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		insgesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlings-schutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungs-verbot	Ablehnungen		sonst. Verfah-renserledigungen (z. B. Rücknah-men)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	105.442	131.663	148	11.825	1.940	8.988	49.402	37,5 %	59.360	45,1 %	323.320
darunter:											
Syrien	11.479	27.847	20	7.211	48	813	12.889	46,3 %	6.866	24,7 %	39.896
Afghanistan	10.722	21.357	-	1.206	1.044	6.308	6.125	28,7 %	6.674	31,2 %	66.986
Irak	10.475	12.537	4	460	361	437	5.898	47,0 %	5.377	42,9 %	35.914
Nigeria	8.848	5.655	4	40	7	175	2.111	37,3 %	3.318	58,7 %	18.110
Iran	5.913	4.279	41	868	14	61	1.194	27,9 %	2.101	49,1 %	16.034
Rus. Föderation	5.500	5.306	1	106	33	133	1.487	28,0 %	3.546	66,8 %	17.058
Somalia	3.790	2.734	-	89	160	146	367	13,4 %	1.972	72,1 %	7.973
Türkei	3.679	1.963	7	72	10	15	539	27,5 %	1.320	67,2 %	8.933
Pakistan	3.478	6.035	1	412	25	47	3.159	52,3 %	2.391	39,6 %	13.943
Georgien	3.178	2.494	-	3	6	17	1.011	40,5 %	1.457	58,4 %	4.203
Gambia	3.156	2.288	-	5	1	9	771	33,7 %	1.502	65,6 %	7.125
Armenien	2.480	2.709	-	3	20	88	1.112	41,0 %	1.486	54,9 %	7.345
Eritrea	2.371	2.224	5	171	54	40	500	22,5 %	1.454	65,4 %	4.633

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 30.09. 2018	Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		insgesamt	Asyl Art.16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsidiä- rer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfah- renserledigungen (z. B. Rücknah- men)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	105.442	131.663	148	11.825	1.940	8.988	49.402	37,5 %	59.360	45,1 %	323.320
darunter:											
Ungeklärt	2.368	2.561	-	320	26	90	717	28,0 %	1.408	55,0 %	6.391
Guinea	2.302	1.745	1	20	1	10	438	25,1 %	1.275	73,1 %	4.927
Marokko	661	807	-	13	1	12	326	40,4 %	455	56,4 %	1.033
Tunesien	301	311	-	7	-	-	96	30,9 %	208	66,9 %	405
Algerien	710	784	-	3	-	9	279	35,6 %	493	62,9 %	1.149
Georgien	3.178	2.494	-	3	6	17	1.011	40,5 %	1.457	58,4 %	4.203
Armenien	2.480	2.709	-	3	20	88	1.112	41,0 %	1.486	54,9 %	7.345
Albanien	983	2.014	-	1	4	72	605	30,0 %	1.332	66,1 %	2.889
Serbien	905	1.674	-	-	-	23	446	26,6 %	1.205	72,0 %	2.124
Mazedonien	918	1.429	-	2	-	25	449	31,4 %	953	66,7 %	1.750
Kosovo	614	1.343	-	2	6	62	400	29,8 %	873	65,0 %	1.991
Ghana	681	816	-	2	-	9	308	37,7 %	497	60,9 %	1.681
Bosnien und Herzegowina	266	416	-	-	-	18	147	35,3 %	251	60,3 %	607
Senegal	254	295	1	-	1	9	132	44,7 %	152	51,5 %	529
Montenegro	129	217	-	-	-	2	68	31,3 %	147	67,7 %	269

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 30.09. 2018	Beru- fungen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
			Asyl Art.16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlings- schutz	subsidiärer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfah- renserledigungen (z. B. Rücknah- men)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	1.378	1.083	-	24	1	46	683	63,1 %	329	30,4 %	1.639
darunter:											
Syrien	975	814	-	17	-	34	644	59,5 %	119	11,0 %	1.160
Afghanistan	178	126	-	-	-	6	5	0,5 %	115	10,6 %	178
Rus. Föderation	20	3	-	-	-	-	1	0,1 %	2	0,2 %	29
Elfenbein- küste	18	23	-	-	-	-	5	0,5 %	18	1,7 %	-
Guinea	18	17	-	-	-	-	8	0,7 %	9	0,8 %	2
Somalia	18	21	-	-	1	3	1	0,1 %	16	1,5 %	30
Irak	18	5	-	-	-	2	-	0,0 %	3	0,3 %	33
Ungeklärt	17	20	-	3	-	-	6	0,6 %	11	1,0 %	30
Eritrea	13	3	-	-	-	-	2	0,2 %	1	0,1 %	14
Libyen	13	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	15
Albanien	8	1	-	-	-	-	-	0,0 %	1	0,1 %	8
Pakistan	8	8	-	-	-	-	-	0,0 %	8	0,7 %	16
sonst. asiat. Staatsangeh.	8	7	-	3	-	-	-	0,0 %	4	0,4 %	13
Äthiopien	7	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	11
Staatenlos	7	6	-	1	-	-	4	0,4 %	1	0,1 %	9
Marokko	1	2	-	-	-	-	1	0,1 %	1	0,1 %	-
Tunesien	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Algerien	1	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	1
Georgien	4	1	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	4
Armenien	4	5	-	-	-	-	-	0,0 %	5	0,5 %	6
Türkei	1	1	-	-	-	-	-	0,0 %	1	0,1 %	4
Serbien	2	4	-	-	-	-	-	0,0 %	4	0,4 %	3
Mazedonien	1	1	-	-	-	-	1	0,1 %	-	0,0 %	-
Kosovo	4	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	13
Ghana	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Senegal	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-

Erst- und Folgeanträge											
01.01. – 30.09. 2018	Revisio- nen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmit- tel
			Asyl Art.16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flücht- lings- schutz	subsidiä- rer Schutz	Abschie- bungs- verbot	Ablehnungen		sonst. Verfah- renserledigungen (z. B. Rücknah- men)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	33	10	-	1	-	-	3	30,0 %	6	60,0 %	48
darunter:											
Syrien	12	1	-	-	-	-	-	0,0 %	1	10,0 %	15
Eritrea	7	3	-	-	-	-	2	20,0 %	1	10,0 %	7
sonst. asiat. Staatsangeh.	5	4	-	1	-	-	-	0,0 %	3	30,0 %	4
Mauretanien	3	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	3
Ungeklärt	3	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	3
Afghanistan	2	2	-	-	-	-	1	10,0 %	1	10,0 %	1
Irak	1	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	1
Rus. Föderation	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	1
Iran	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	4
Staatenlos	-	-	-	-	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	9

Widerrufsverfahren									
01.01. – 30.09. 2018	Klagen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		insge- samt	Widerruf Art. 16a GG/Flüchtlingseigen- schaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserle- digungen (z. B. Rück- nahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	258	110	44	40,0 %	10	9,1 %	56	50,9 %	514
darunter:									
Syrien	72	21	8	7,3 %	2	1,8 %	11	10,0 %	106
Afghanistan	43	18	3	2,7 %	3	2,7 %	12	10,9 %	81
Irak	42	18	4	3,6 %	2	1,8 %	12	10,9 %	74
Russische Föderation	15	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	29
Ungeklärt	12	7	6	5,5 %	-	0,0 %	1	0,9 %	35
Türkei	11	11	5	4,5 %	1	0,9 %	5	4,5 %	45
Somalia	7	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	10
Ägypten	4	2	2	1,8 %	-	0,0 %	-	0,0 %	2
Jordanien	4	3	1	0,9 %	-	0,0 %	2	1,8 %	3
Marokko	4	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	4
Nigeria	4	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	5
Armenien	3	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	5
Eritrea	3	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	6
Iran	3	2	1	0,9 %	-	0,0 %	1	0,9 %	12
Kosovo	3	9	7	6,4 %	-	0,0 %	2	1,8 %	6
Marokko	4	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	4
Tunesien	2	1	1	0,9 %	-	0,0 %	-	0,0 %	2
Algerien	2	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	2
Georgien	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	1
Armenien	3	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	5
Albanien	2	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	2
Serbien	1	1	1	0,9 %	-	0,0 %	-	0,0 %	7
Mazedonien	3	1	-	0,0 %	-	0,0 %	1	0,9 %	2
Kosovo	3	9	7	6,4 %	-	0,0 %	2	1,8 %	6
Ghana	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Senegal	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	-
Montenegro	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	-

Widerrufsverfahren									
01.01. – 30.09. 2018	Beru- fungen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		insgesamt	Widerruf Art. 16a GG/Flüchtlingseigen- schaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledi- gungen (z. B. Rücknah- men)		
				absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	
Gesamt	1	1	1	100,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	12
darunter									
Afghanistan	1	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	5
Türkei	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	1
Togo	-	-	-	0,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	3
Irak	-	1	1	100,0 %	-	0,0 %	-	0,0 %	3

Es gab im Betrachtungszeitraum keine Revisionen bei Widerrufsverfahren.

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01. – 30.09. 2018	11,9	17,1

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

01.01. – 30.09. 2018	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Gesamt	13.833	3.239	17.072
darunter:			
Nigeria	2.011	550	2.561
Irak	1.272	456	1.728
Iran	951	286	1.237
Afghanistan	943	134	1.077
Russische Föderation	920	133	1.053
Syrien	641	241	882
Eritrea	679	198	877
Somalia	660	198	858
Gambia	526	150	676
Aserbaidshan	480	83	563
Guinea	452	80	532
Ungeklärt	339	82	421
Armenien	314	84	398
Pakistan	327	59	386
Türkei	294	70	364
Marokko	136	24	160
Tunesien	50	7	57
Algerien	149	19	168
Georgien	70	8	78
Albanien	64	5	69
Bosnien und Herzegowina	12	0	12
Ghana	147	13	160
Kosovo	46	1	47
Mazedonien	22	5	27
Senegal	60	11	71
Montenegro	2	0	2

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublinverfahren (in Tagen)

Zeitraum: 1. Januar bis 30. September 2018

Staatsangehörigkeit	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach §123 VwGO
Gesamt	59,1	32,3	29,8
darunter:			
Syrien	70,6	24,4	34,7
Irak	66,1	22,5	28,2
Türkei	66,9	36,1	25,8
Iran	57,6	15,4	20,9
Afghanistan	53,2	28,9	23,6
Nigeria	63,0	31,4	39,4
Somalia	67,6	36,8	28,6
Ungeklärt	51,8	16,8	30,8
Russische Föderation	82,3	69,3	35,0
Eritrea	45,8	26,8	45,3
Guinea	53,9	23,5	20,4
Moldau (Republik)	21,6	0,0	0,0
Georgien	58,6	0,0	0,0
Pakistan	44,0	32,0	12,0
Albanien	46,7	48,0	3,0
Marokko	46,9	21,0	44,0
Tunesien	64,1	63,0	0,0
Algerien	47,7	6,3	68,0
Armenien	52,1	36,4	14,8
Bosnien und Herzegowina	24,7	7,0	0,0
Ghana	40,9	19,1	22,7
Kosovo	72,2	0,0	15,0
Mazedonien	25,0	12,0	0,0
Senegal	50,7	13,0	25,0
Montenegro	0,0	0,0	0,0

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

Zeitraum: 1. Januar 2018 bis 30. September 2018

01.01. – 30.09. 2018	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Gesamt	34.540	8.251	42.791
darunter:			
Nigeria	3.541	901	4.442
Irak	2.442	783	3.225
Afghanistan	1.928	724	2.652
Syrien	1.782	843	2.625
Russische Föderation	1.898	424	2.322
Iran	1.484	421	1.905
Gambia	1.299	401	1.700
Georgien	1.531	102	1.633
Somalia	1.117	456	1.573
Armenien	1.101	240	1.341
Pakistan	1.046	265	1.311
Ungeklärt	1.030	259	1.289
Aserbaidshan	1.024	171	1.195
Eritrea	893	300	1.193
Albanien	850	80	930
Marokko	354	67	421
Tunesien	132	17	149
Algerien	408	44	452
Türkei	706	203	909
Bosnien und Herzegowina	251	18	269
Kosovo	580	58	638
Mazedonien	773	48	821
Montenegro	140	9	149
Serbien	812	50	862
Ghana	564	81	645
Senegal	251	41	292

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

Zeitraum: 1. Januar bis 30. September 2018

Staatsangehörigkeit	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Gesamt	61,6	33,3	35,3
darunter:			
Nigeria	80,3	41,8	40,0
Irak	59,1	30,6	42,9
Afghanistan	56,2	26,9	37,9
Syrien	62,3	34,7	28,4
Russische Föderation	79,5	42,6	31,0
Iran	59,0	18,0	25,7
Gambia	77,5	50,8	73,9
Georgien	32,8	19,0	19,2
Somalia	67,2	53,4	46,5
Armenien	49,2	22,3	12,0
Pakistan	84,7	31,2	47,3
Ungeklärt	58,4	38,2	19,8
Aserbaidshjan	48,0	19,9	26,0
Eritrea	53,2	35,9	39,1
Albanien	52,6	39,2	30,0
Marokko	52,5	12,4	42,7
Tunesien	79,9	45,3	24,5
Algerien	44,0	24,0	38,5
Türkei	58,9	26,3	23,8
		0	0
Bosnien und Herzegowina	71,0	58,1	30,8
Kosovo	68,0	39,8	59,1
Mazedonien	57,4	46,3	49,8
Montenegro	46,5	28,5	19,2
Serbien	55,1	65,2	47,5
Ghana	50,6	26,1	72,8
Senegal	100,7	51,6	65,8

- a) Wie viele Klagen und wie viele Berufungen (oder Anträge auf Berufungszulassung usw.) sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im bisherigen Jahr 2018 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte ebenfalls nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die folgenden Rechtsmittel gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 30. September 2018 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30.09.2018						
nach Staatsangehörigkeiten	Klage	Antrag auf Zulassung der Berufung	Berufungen	Nichtzulassungsbeschwerden	Revisionen	Summe anhängige Rechtsmittel
Gesamt	40.765	3.964	1.112	3	17	45.861
darunter						
Syrien	30.225	3.581	1.053	3	10	34.872
Irak	4.210	63	6			4.279
Ungeklärt	1.678	85	22		3	1.788
Eritrea	1.568	77	7			1.652
Afghanistan	849	9				858
Staatenlos	561	102	7			670
Somalia	388	1				389
Jemen	336	6				342
sonst. asiat. Staatsangeh.	210	31	12		4	257
Iran	130					130

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 30.09.2018						
nach Bundesländern	Klage	Antrag auf Zulassung der Berufung	Berufungen	Nicht-zulassungsbeschwerden	Revisionen	Summe anhängige Rechtsmittel
Gesamt	40.765	3.964	1.112	3	17	45.861
Baden-Württemberg	5.232	37	33		2	5.304
Bayern	2.797	948	67			3.812
Berlin	4.611	28	114			4.753
Brandenburg	1.786	2	6			1.794
Bremen	238	7	10			255
Hamburg	1.046	60	2		6	1.114
Hessen	6.514	426	38			6.978
Mecklenburg-Vorpommern	235	190	38		2	465
Niedersachsen	5.085	1.130	449	1		6.665
Nordrhein-Westfalen	9.940	470	77			10.487
Rheinland-Pfalz	542	37	50			629
Saarland	109	1	148	1	7	266
Sachsen	647	67	12			726
Sachsen-Anhalt	415	120	1			536
Schleswig-Holstein	1.067	315	60	1		1.443
Thüringen	501	126	7			634

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September wurde bei folgenden Rechtsmitteln wie dargestellt entschieden:

Klagen:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	28.963	25	8.106	20.832
darunter				
Syrien	23.694	20	7.082	16.592
Irak	1.939	1	123	1.815
Ungeklärt	1.074		289	785
Eritrea	786		133	653
Staatenlos	462		275	187
Afghanistan	425		64	361
Somalia	136		28	108
sonst. asiat. Staatsangeh.	120		52	68
Jemen	101	2	9	90
Sudan (ohne Südsudan)	52		24	28

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	28.963	25	8.106	20.832
darunter:				
Baden-Württemberg	3.784		2.499	1.285
Bayern	1.753		680	1.073
Berlin	1.599		99	1.500
Brandenburg	92		5	87
Bremen	269		46	223
Hamburg	846	1	66	779
Hessen	2.554		1.403	1.151
Mecklenburg-Vorpommern	419		46	373
Niedersachsen	2.335	8	452	1.875
Nordrhein-Westfalen	8.712	11	1.793	6.908
Rheinland-Pfalz	2.145	1	171	1.973
Saarland	344		6	338
Sachsen	797	1	268	528
Sachsen-Anhalt	1.188	1	391	796
Schleswig-Holstein	1.574	2	45	1.527
Thüringen	552		136	416

Anträge auf Zulassung der Berufung:

nach Staatsan- gehörigkeiten	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	2.742	909	1.564	269
darunter:				
Syrien	2.523	877	1.388	258
Ungeklärt	74	13	57	4
Irak	55	1	54	
Eritrea	32	7	22	3
sonst. asiat. Staatsangeh.	22	6	13	3
Staatenlos	21	5	15	1
Afghanistan	9		9	
Jemen	3		3	
Bangladesch	1		1	
Iran	1		1	
Somalia	1		1	

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	2.742	909	1.564	269
darunter:				
Baden-Württemberg	164	25	132	7
Bayern	139	42	76	21
Berlin	307	107	194	6
Brandenburg	12	6	6	
Bremen	17	10	7	
Hamburg	82	3	77	2
Hessen	77	18	33	26
Mecklenburg- Vorpommern	62	30	32	
Niedersachsen	618	438	144	36
Nordrhein-Westfalen	618	159	451	8
Rheinland-Pfalz	105	2	97	6
Saarland	5	3	2	
Sachsen	213	15	46	152
Sachsen-Anhalt	113		113	
Schleswig-Holstein	184	43	141	
Thüringen	26	8	13	5

Berufungen:

nach Staatsangehörigkeiten	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	802		23	779
darunter:				
Syrien	769		16	753
Ungeklärt	17		3	14
sonst. asiat. Staatsangeh.	7		3	4
Staatenlos	6		1	5
Eritrea	2			2
Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	1			1

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	802		23	779
darunter:				
Bayern	8			8
Berlin	2			2
Bremen	3			3
Hamburg	7			7
Hessen	11		6	5
Mecklenburg-Vorpommern	3		2	1
Niedersachsen	188			188
Nordrhein-Westfalen	96			96
Rheinland-Pfalz	221		1	220
Saarland	184		6	178
Sachsen	14		7	7
Schleswig-Holstein	61			61
Thüringen	4		1	3

Nichtzulassungsbeschwerden:

nach Staatsangehörigkeiten	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	22		14	8
Syrien	22		14	8

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	22		14	8
darunter:				
Berlin	1		1	
Niedersachsen	13		9	4
Nordrhein-Westfalen	6		4	2
Saarland	2			2

Revisionen:

nach Staatsangehörigkeiten	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	6		1	5
darunter:				
Eritrea	2			2
sonst. asiat. Staatsangeh.	4		1	3

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt	6		1	5
Berlin	2			2
Saarland	4		1	3

- b) Wie viele Berufungen bzw. Anträge auf Zulassung der Berufung wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bislang im Jahr 2018 durch das BAMF bzw. durch Geflüchtete bzw. deren rechtsanwaltliche Vertretung gestellt, und wie war der Ausgang dieser Verfahren (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern differenzieren und gesonderte Angaben zu „Upgrade-Klagen“ gegen subsidiären Schutz machen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Anträge auf Zulassung der Berufung – Rechtsmittelführer: Antragsteller bzw. rechtsanwaltliche Vertretung:

Anträge auf Zulassung der Berufung – Rechtsmittelführer: Antragsteller bzw. rechtsanwaltliche Vertretung 01.01. – 30.09.2018								
nach Staatsangehörigkeiten	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Stattgabe des Antrags bezgl. Art. 16a GG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 3 I AsylG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 60 II, III, V, VII AufenthG	Stattgabe des Antrags bezgl. Abschiebungsandrohung	Ablehnung des Antrags	Einstellung d. Antrags (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	13.420	9.717	117	179	144	9	8.910	358
darunter								
Afghanistan	2.552	1.668	15	19	130	-	1.452	52
Syrien	1.848	1.357	45	101	3	1	1.133	74
Irak	1.893	1.308	8	6	3	-	1.242	49
Pakistan	1.085	839	3	2	2	-	806	26
Nigeria	656	536	1	-	1	1	525	8
Ukraine	501	438	-	1	-	-	420	17
Russische Föderation	640	370	5	9	-	-	343	13
Iran	432	328	-	3	-	4	306	15
Aserbaidshan	314	315	1	5	1	2	298	8
Armenien	408	276	1	3	1	-	266	5

Anträge auf Zulassung der Berufung – Rechtsmittelführer: Antragssteller bzw. rechtsanwaltliche Vertretung 01.01. – 30.09.2018								
nach Bundesland	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Stattgabe des Antrags bezgl. Art. 16a GG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 3 I AsylG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 60 II, III, V, VII AufenthG	Stattgabe des Antrags bezgl. Abschiebungsandrohung	Ablehnung des Antrags	Einstellung d. Antrags (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	13.420	9.717	117	179	144	9	8.910	358
Baden-Württemberg	682	602	4	31	38	4	490	35
Bayern	2.876	2.280	9	27	25	1	2.170	48
Berlin	379	208	1	4	-	1	185	17
Brandenburg	105	72	-	6	-	-	64	2
Bremen	32	14	-	-	-	-	12	2
Hamburg	316	198	-	3	-	-	191	4
Hessen	1.168	529	7	15	1	2	441	63
Mecklenburg-Vorpommern	658	278	5	35	-	-	226	12
Niedersachsen	822	684	2	7	1	-	648	26
Nordrhein-Westfalen	3.081	2.477	16	15	4	-	2.368	74
Rheinland-Pfalz	949	653	23	2	2	-	605	21
Saarland	17	11	1	1	-	-	9	-
Sachsen	1.198	989	49	29	71	-	802	38
Sachsen-Anhalt	261	200	-	-	-	-	194	6
Schleswig-Holstein	742	406	-	4	2	1	392	7
Thüringen	134	116	-	-	-	-	113	3

davon Aufstockungsklagen:

nach Staatsangehörigkeiten	Eingelegt	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	1.870	1.325	100	1.173	52
Syrien	1.650	1.191	96	1045	50
Irak	73	55	1	54	
Eritrea	49	25	2	21	2
Ungeklärt	33	21	1	20	
sonst. asiat. Staatsangeh.	18	10		10	
Afghanistan	15	9		9	
Staatenlos	20	8		8	
Jemen	9	3		3	
Bangladesch		1		1	
Iran		1		1	
Somalia	1	1		1	

nach Bundesland	Eingelegt	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	1.870	1.343	100	1.175	68
Baden-Württemberg	100	94	17	68	9
Bayern	75	66	2	58	6
Berlin	31	20	3	15	2
Brandenburg	6	10	5	5	-
Bremen	8	7	-	7	-
Hamburg	105	79	1	77	1
Hessen	263	58	16	20	22
Mecklenburg-Vorpommern	197	59	29	30	-
Niedersachsen	167	141	6	127	8
Nordrhein-Westfalen	471	445	6	432	7
Rheinland-Pfalz	60	104	1	97	6
Saarland	2	2	-	2	-
Sachsen	42	57	14	41	2
Sachsen-Anhalt	52	47	-	44	3
Schleswig-Holstein	279	141	-	141	-
Thüringen	12	13	-	11	2

2. Anträge auf Zulassung der Berufung – Rechtsmittelführer: BAMF

Anträge auf Zulassung der Berufung – Rechtsmittelführer: BAMF 01.01. – 30.09.2018								
nach Staatsangehörigkeiten	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Stattgabe des Antrags bezgl. Art. 16a GG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 3 I AsylG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 60 II, III, V, VII AufenthG	Stattgabe des Antrags bezgl. Abschiebungsandrohung	Ablehnung des Antrags	Einstellung d. Antrags (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	1.927	1.749	44	818	16	-	636	235
Syrien	1.288	1.461	-	785	-	-	461	215
Ungeklärt	44	57	-	12	-	-	41	4
Afghanistan	145	43	1	-	1	-	35	6
Somalia	42	23	2	-	8	-	12	1
Irak	90	23	-	-	1	-	22	-
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	21	22	16	1	-	-	4	1
Guinea	19	20	17	-	-	-	3	-
Eritrea	48	16	1	6	-	-	8	1
sonst. asiat. Staatsangeh.	11	16	-	7	-	-	6	3
Staatenlos	15	15	-	5	-	-	9	1

Anträge auf Zulassung der Berufung – Rechtsmittelführer: BAMF 01.01. – 30.09.2018								
nach Bundesland	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Stattgabe des Antrags bezgl. Art. 16a GG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 3 I AsylG	Stattgabe des Antrags bezgl. § 60 II, III, V, VII AufenthG	Stattgabe des Antrags bezgl. Abschiebungsandrohung	Ablehnung des Antrags	Einstellung d. Antrags (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	1.927	1.749	44	818	16	-	636	235
Baden-Württemberg	115	100	-	9	6	-	85	-
Bayern	347	102	1	40	7	-	33	21
Berlin	60	291	-	104	-	-	182	5
Brandenburg	13	3	-	1	-	-	2	-
Bremen	10	10	-	10	-	-	-	-
Hamburg	47	10	-	2	-	-	7	1
Hessen	152	32	-	2	-	-	19	11
Mecklenburg-Vorpommern	17	3	-	1	-	-	2	-
Niedersachsen	290	569	41	438	2	-	55	33
Nordrhein-Westfalen	460	178	-	154	1	-	22	1
Rheinland-Pfalz	7	3	1	1	-	-	1	-
Saarland	145	121	-	4	-	-	117	-
Sachsen	21	160	-	1	-	-	7	152
Sachsen-Anhalt	170	105	1	-	-	-	99	5
Schleswig-Holstein	7	45	-	43	-	-	2	-
Thüringen	66	17	-	8	-	-	3	6

davon Aufstockungsklagen:

nach Staatsan- gehörigkeiten	Eingelegt	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	1.137	1.417	809	391	217
davon					
Syrien	1.048	1.332	781	343	208
Ungeklärt	23	53	12	37	4
Staatenlos	13	13	5	7	1
sonst. asiat. Staatsangeh.	5	12	6	3	3
Eritrea	29	7	5	1	1

nach Bundesland	Eingelegt	Summe Entscheidungen	Stattgabe des Antrages	Ablehnung des Antrages	Einstellung des Antrages
Gesamt	1.137	1.422	809	392	221
Baden- Württemberg	75	72	8	64	-
Bayern	134	74	40	18	16
Berlin	18	289	104	180	5
Brandenburg	1	2	1	1	-
Bremen	3	10	10	-	-
Hamburg	12	3	2	-	1
Hessen	90	26	2	13	11
Mecklenburg- Vorpommern	5	3	1	2	-
Niedersachsen	151	482	432	18	32
Nordrhein- Westfalen	446	173	153	19	1
Rheinland- Pfalz	6	2	1	1	-
Saarland	-	3	3	-	-
Sachsen	11	158	1	5	152
Sachsen-Anhalt	134	69	-	69	-

3. Berufung – Rechtsmittelführer: Antragssteller bzw. rechtsanwaltliche Vertretung

Berufung – Rechtsmittelführer: Antragssteller bzw. rechtsanwaltliche Vertretung 01.01. – 30.09.2018									
nach Staatsan- gehörigkeiten	inge- legt	Entscheidun- gen insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigte (Art.16a GG u. Famil. asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsi- diärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungs- verbotes gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	kein weiteres Verfahren	formelle Verfahrenser- ledigungen (z. B. Rück- nahmen)
Gesamt	458	213	-	11	-	31	17	1	153
Afghanistan	176	125	-	-	-	6	5	-	114
Syrien	156	52	-	11	-	22	8	-	11
Pakistan	8	7	-	-	-	-	-	1	6
Somalia	8	4	-	-	-	-	1	-	3
Irak	17	4	-	-	-	2	-	-	2
Ungeklärt	5	4	-	-	-	-	-	-	4
Armenien	2	3	-	-	-	-	-	-	3
Serbien	1	2	-	-	-	-	-	-	2
Iran	3	2	-	-	-	-	-	-	2
Albanien	4	1	-	-	-	-	-	-	1

Berufung – Rechtsmittelführer: Antragssteller bzw. rechtsanwaltliche Vertretung 01.01. – 30.09.2018									
nach Bundesland	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigte (Art.16a GG u. Famil. asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/offens. unbegr. abgelehnt)	kein weiteres Verfahren	formelle Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	458	213	-	11	-	31	17	1	153
Baden-Württemberg	81	91	-	-	-	-	3	-	88
Bayern	49	28	-	-	-	-	1	1	26
Berlin	6	1	-	-	-	-	-	-	1
Brandenburg	7	4	-	-	-	-	-	-	4
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	3	5	-	-	-	-	5	-	-
Hessen	27	5	-	4	-	-	-	-	1
Mecklenburg-Vorpommern	47	5	-	3	-	-	-	-	2
Niedersachsen	9	14	-	-	-	10	2	-	2
Nordrhein-Westfalen	41	16	-	-	-	1	2	-	13
Rheinland-Pfalz	27	6	-	-	-	-	-	-	6
Saarland	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen	150	20	-	4	-	6	3	-	7
Schleswig-Holstein	9	17	-	-	-	14	1	-	2
Thüringen	-	1	-	-	-	-	-	-	1

davon Aufstockungsklagen

nach Staatsangehörigkeiten	eingelegt	Summe Entscheidungen	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	keine Verbesserung	formelle Verfahrenser- ledigungen
Gesamt	97	27	10	8	9
davon					
Syrien	93	25	10	8	7
Staatenlos	-	1	-	-	1
Ungeklärt	1	1	-	-	1
Eritrea	2	-	-	-	-
Ägypten	-	-	-	-	-
Irak	1	-	-	-	-

nach Bundesland	eingelegt	Summe Ent- scheidungen	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	keine Verbesserung	formelle Verfahrenser- ledigungen
Gesamt	97	27	10	8	9
Baden-Württemberg	17	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	30	3	2	-	1
Brandenburg	5	-	-	-	-
Niedersachsen	5	1	-	1	-
Sachsen	14	5	4	1	-
Hessen	15	5	4	-	1
Rheinland-Pfalz	1	5	-	-	5
Saarland	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	6	2	-	-	2
Bayern	2	-	-	-	-
Hamburg	1	5	-	5	-
Schleswig-Holstein	-	1	-	1	-
Berlin	1	-	-	-	-

4. Berufung – Rechtsmittelführer: Rechtsmittelführer: BAMF

Berufung – Rechtsmittelführer: Rechtsmittelführer: BAMF 01.01. – 30.09.2018									
nach Staatsangehörigkeiten	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigte (Art. 16a GG u. Famil. asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/offens. unbegr. abgelehnt)	kein weiteres Verfahren	formelle Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	920	870	-	13	1	15	666	-	175
Syrien	819	762	-	6	-	12	636	-	108
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	18	23	-	-	-	-	5	-	18
Guinea	17	17	-	-	-	-	8	-	9
Somalia	10	17	-	-	1	3	-	-	13
Ungeklärt	12	16	-	3	-	-	6	-	7
sonst. asiat. Staatsangeh.	8	7	-	3	-	-	-	-	4
Liberia	4	5	-	-	-	-	3	-	2
Staatenlos	5	5	-	1	-	-	4	-	-
Mali	2	3	-	-	-	-	1	-	2
Russische Föderation	-	2	-	-	-	-	-	-	2

Berufung – Rechtsmittelführer: BAMF 01.01. – 30.09.2018									
nach Bundesland	eingelegt	Entscheidungen insgesamt	Anerkennung als Asylberechtigte (Art. 16a GG u. Famil. asyl)	Anerkennung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gem. § 60V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/offens. unbegr. abgelehnt)	kein weiteres Verfahren	formelle Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)
Gesamt	920	870	-	13	1	15	666	-	175
Baden-Württemberg	16	2	-	-	-	-	-	-	2
Bayern	50	24	-	-	1	3	8	-	12
Berlin	103	3	-	-	-	-	2	-	1
Brandenburg	1	2	-	-	-	-	-	-	2
Bremen	10	3	-	-	-	-	3	-	-
Hamburg	2	2	-	-	-	-	2	-	-
Hessen	2	7	-	2	-	-	-	-	5
Mecklenburg-Vorpommern	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	510	243	-	-	-	-	159	-	84
Nordrhein-Westfalen	160	96	-	-	-	-	91	-	5
Rheinland-Pfalz	2	216	-	1	-	-	208	-	7
Saarland	4	198	-	6	-	12	155	-	25
Sachsen	1	9	-	3	-	-	6	-	-
Sachsen-Anhalt	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	49	60	-	-	-	-	31	-	29
Thüringen	8	5	-	1	-	-	1	-	3

davon Aufstockungsklagen

nach Staatsangehörigkeiten	eingelegt	Summe Entscheidungen	Flüchtlings-schutz gem. § 3 I AsylG	keine Verbesserung	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	844	775	13	645	117
davon					
Syrien	815	744	6	632	106
Ungeklärt	12	16	3	6	7
sonst. asiat. Staatsangeh.	7	7	3	-	4
Staatenlos	5	5	1	4	-
Eritrea	5	2	-	2	-

nach Bundesland	eingelegt	Summe Entscheidungen	Flüchtlings-schutz gem. § 3 I AsylG	keine Verbesserung	formelle Verfahrenserledigungen
Gesamt	844	775	13	645	117
Baden-Württemberg	9	-	-	-	-
Niedersachsen	460	187	-	140	47
Brandenburg	1	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1	-	-	-	-
Sachsen	1	9	3	6	-
Bremen	10	3	-	3	-
Hessen	2	6	2	-	4
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	1	216	1	208	7
Saarland	3	184	6	154	24
Nordrhein-Westfalen	154	94	-	90	4
Thüringen	8	4	1	1	2
Bayern	40	8	-	8	-
Hamburg	2	2	-	2	-
Schleswig-Holstein	49	60	-	31	29
Berlin	103	2	-	2	-

- c) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im bisherigen Jahr 2018 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig bzw. Dublin-Bescheid)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeiten	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung "abgelehnt"			davon Entscheidung "o. u. abgelehnt"			davon Entscheidung "Unzulässig"		
		davon beklagt	Anteil		davon beklagt	Anteil		davon beklagt	Anteil		davon beklagt	Anteil
Gesamt	169.450	93.626	55,3 %	45.029	40.436	89,8 %	14.533	8.669	59,7 %	48.634	36.717	75,5 %
Syrien	31.958	10.422	32,6 %	38	31	81,6 %	22	19	86,4 %	6.136	5.523	90,0 %
Afghanistan	15.408	8.885	57,7 %	5.439	5.098	93,7 %	95	72	75,8 %	4.054	3.100	76,5 %
Irak	15.064	9.334	62,0 %	5.614	5.011	89,3 %	177	129	72,9 %	4.286	3.485	81,3 %
Nigeria	10.746	8.144	75,8 %	3.988	3.682	92,3 %	496	411	82,9 %	4.457	3.926	88,1 %
Iran	8.182	5.512	67,4 %	3.442	3.298	95,8 %	78	69	88,5 %	2.648	2.129	80,4 %
Somalia	6.574	3.360	51,1 %	1.324	1.228	92,7 %	41	33	80,5 %	2.457	1.921	78,2 %
Russische Föderation	6.525	4.723	72,4 %	2.945	2.682	91,1 %	232	156	67,2 %	2.298	1.898	82,6 %
Türkei	6.494	3.518	54,2 %	2.894	2.673	92,4 %	282	230	81,6 %	715	582	81,4 %
Eritrea	6.294	2.100	33,4 %	245	232	94,7 %	11	9	81,8 %	1.690	1.369	81,0 %
Georgien	4.293	2.910	67,8 %	1.725	1.407	81,6 %	1.725	1.186	68,8 %	493	273	55,4 %
Ungeklärt	4.220	2.136	50,6 %	703	564	80,2 %	612	459	75,0 %	1.194	943	79,0 %
Pakistan	3.864	2.977	77,0 %	1.881	1.701	90,4 %	295	214	72,5 %	1.380	1.054	76,4 %
Gambia	3.719	2.711	72,9 %	1.681	1.487	88,5 %	537	382	71,1 %	1.022	801	78,4 %
Guinea	2.989	2.041	68,3 %	1.183	1.049	88,7 %	200	163	81,5 %	1.037	811	78,2 %
Armenien	2.820	2.172	77,0 %	1.182	1.067	90,3 %	474	372	78,5 %	913	729	79,8 %
Albanien	2.461	904	36,7 %	30	22	73,3 %	1.347	554	41,1 %	915	319	34,9 %
Serbien	2.236	796	35,6 %	21	19	90,5 %	966	356	36,9 %	1.074	419	39,0 %
Mazedonien	1.970	811	41,2 %	31	14	45,2 %	989	465	47,0 %	786	332	42,2 %
Montenegro	329	129	39,2 %	7	4	57,1 %	171	73	42,7 %	140	51	36,4 %
Ghana	989	608	61,5 %	20	16	80,0 %	565	375	66,4 %	292	213	72,9 %
Bosnien und Herzegowina	661	223	33,7 %	4	1	25,0 %	299	109	36,5 %	310	108	34,8 %
Senegal	366	212	57,9 %	4	2	50,0 %	150	99	66,0 %	183	109	59,6 %
Kosovo	1.205	538	44,6 %	17	12	70,6 %	528	275	52,1 %	555	250	45,0 %

- d) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Klagen im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-) Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Stand: 30.09.2018	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
bei Gericht anhängige Verfahren insgesamt	325.007
davon:	
Bundesverwaltungsgericht	45
VGH Baden-Württemberg	83
VG Freiburg	10.390
VG Karlsruhe	13.840
VG Sigmaringen	8.317
VG Stuttgart	17.533
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	78
VG Ansbach	8.431
VG Augsburg	3.813
VG Bayreuth	4.082
VG München	19.745
VG Regensburg	6.022
VG Würzburg	3.007
Bayerischer VGH – Außenstelle Ansbach	86
OVG Berlin-Brandenburg	134
VG Berlin	19.695
VG Cottbus	3.665
VG Frankfurt / Oder	4.135
VG Potsdam	6.673
OVG der Freien Hansestadt Bremen	11
VG Bremen	2.374
Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht	15
VG Hamburg	7.751
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	61
VG Darmstadt	6.456
VG Frankfurt/Main	6.364
VG Kassel	6.178
VG Wiesbaden	6.499
VG Gießen	8.498
Niedersächsisches Obergerverwaltungsgericht	452
VG Braunschweig	4.413
VG Hannover	8.582
VG Oldenburg	5.793

Stand: 30.09.2018	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
VG Osnabrück	4.212
VG Stade	3.876
VG Lüneburg	2.813
VG Göttingen	2.098
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	135
VG Aachen	6.091
VG Arnsberg	10.333
VG Düsseldorf	14.637
VG Gelsenkirchen	11.407
VG Köln	12.983
VG Minden	9.459
VG Münster	6.661
OVG Rheinland-Pfalz	84
VG Trier	10.785
OVG des Saarlands	155
VG des Saarlandes	771
Schleswig-Holsteinisches OVG	80
VG Schleswig-Holstein	11.212
OVG Sachsen-Anhalt	1
VG Magdeburg	2.255
VG Halle	1.846
Thüringer Oberverwaltungsgericht	15
VG Gera	580
VG Meiningen	2.658
VG Weimar	2.072
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	134
VG Chemnitz	4.719
VG Dresden	4.279
VG Leipzig	2.383
OVG Mecklenburg-Vorpommern	66
VG Greifswald	1.060
VG Schwerin	1.926

- e) In wie vielen Fällen erfolgten im bisherigen Jahr 2018 Abhilfeentscheidungen, d. h. dass entgegen des Ursprungsbescheides nach Klageerhebung, aber ohne inhaltliche Gerichtsentscheidung, ein Schutzstatus erteilt wurde (bitte nach den wichtigsten 15 Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum: 1. Januar bis 30. September 2018

Staatsangehörigkeiten	
Gesamt	4.561
davon	
Syrien	1.239
Irak	185
Türkei	71
Iran	161
Afghanistan	1.331
Nigeria	143
Somalia	72
Ungeklärt	487
Russische Föderation	105
Eritrea	64
Guinea	34
Moldau (Republik)	10
Georgien	6
Pakistan	208
Albanien	9

- f) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im bisherigen Jahr 2018 doch noch einen Schutzstatus (bitte, auch im Folgenden, nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren), in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung bzw. welche Gründe gab es in den übrigen Fällen hierfür (hierzu bitte zu wichtigen Fallkonstellationen Ausführungen machen, etwa: Abhilfeentscheidungen, Entscheidungen infolge von Folgeanträgen usw.)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum: 01.01.– 30.09.2018			
Staatsangehörigkeiten	insgesamt	davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	27.748	23.187	4.561
davon			
Syrien	10.241	9.002	1.239
Irak	1.304	1.119	185
Türkei	171	100	71
Iran	1.206	1.045	161
Afghanistan	9.410	8.079	1.331
Nigeria	296	153	143
Somalia	426	354	72
Ungeklärt	975	488	487
Russische Föderation	344	239	105
Eritrea	284	220	64
Guinea	53	19	34
Moldau (Republik)	10	0	10
Georgien	41	35	6
Pakistan	770	562	208
Albanien	119	110	9

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen

Zeitraum: 01.01.– 30.09.2018	
Staatsangehörigkeiten	
Gesamt	2.643
davon	
Syrien	684
Irak	149
Türkei	15
Iran	114
Afghanistan	612
Nigeria	86
Somalia	200
Ungeklärt	174
Russische Föderation	137
Eritrea	116
Guinea	29
Moldau (Republik)	1
Georgien	2
Pakistan	17
Albanien	13

- g) Bei wie vielen der Klagen und Rechtsschutzanträgen im Asylbereich im bisherigen Jahr 2018 ging es um Dublin-Bescheide (inklusive Schutzgewährung in einem anderen Mitgliedstaat, bitte auch nach wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie wurden diese Verfahren im bisherigen Jahr 2018 entschieden (bitte in absoluten und relativen Zahlen und so differenziert wie möglich angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhängige Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden (zusätzlich Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2)	
Staatsangehörigkeit	
Nigeria	3.006
Syrien	2.183
Irak	1.857
Iran	1.360
Afghanistan	1.283
Eritrea	1.039
Russische Föderation	1.000
Somalia	943
Gambia	618
Guinea	615
Ungeklärt	556
Aserbaidshan	543
Pakistan	386
Armenien	356
Türkei	315
Gesamt	19.569

Entscheidungen in Eilverfahren	
Staatsangehörigkeit	
Nigeria	3.930
Irak	2.893
Syrien	2.532
Afghanistan	2.464
Russische Föderation	2.117
Iran	1.692
Gambia	1.658
Georgien	1.627
Somalia	1.471
Armenien	1.285
Pakistan	1.269
Ungeklärt	1.221
Aserbaidshan	1.127
Eritrea	1.117
Albanien	934
Gesamt	40.277

Klagen gegen Dublin-Bescheide (zusätzlich Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2)	
Staatsangehörigkeit	
Syrien	5.369
Nigeria	3.345
Irak	2.816
Afghanistan	2.116
Iran	1.725
Somalia	1.662
Russische Föderation	1.407
Eritrea	1.310
Guinea	746
Ungeklärt	740
Gambia	693
Aserbaidshan	621
Pakistan	472
Armenien	452
Türkei	420
Gesamt	28.771

01.01. – 30.09.2018 Gerichtsentscheidungen im Dublinverfahren													
Staatsangehörigkeit	Gesamt	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot		Ablehnung		sonst. Verfah- renserledigung		Abschiebungs- androhung	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Syrien	2.583	57	2,2 %		0,0 %	723	28,0 %	107	4,1 %	1.688	65,4 %	8	0,3 %
Irak	1.671	4	0,2 %	1	0,1 %	69	4,1 %	44	2,6 %	1.552	92,9 %	1	0,1 %
Nigeria	1.239					6	0,5 %	30	2,4 %	1.202	97,0 %	1	0,1 %
Russische Föderation	1.198	4	0,3 %	4	0,3 %	9	0,8 %	54	4,5 %	1.122	93,7 %	5	0,4 %
Afghanistan	1.007	11	1,1 %	3	0,3 %	99	9,8 %	34	3,4 %	858	85,2 %	2	0,2 %
Somalia	906	4	0,4 %	2	0,2 %	41	4,5 %	19	2,1 %	840	92,7 %		
Gambia	691							14	2,0 %	677	98,0 %		
Iran	645	13	2,0 %			14	2,2 %	9	1,4 %	609	94,4 %		
Guinea	642							10	1,6 %	632	98,4 %		
Eritrea	638	6	0,9 %	2	0,3 %	20	3,1 %	11	1,7 %	597	93,6 %	2	0,3 %
Aserbaidshan	447							20	4,5 %	427	95,5 %		
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	403							12	3,0 %	391	97,0 %		
Sudan (ohne Südsudan)	363	1	0,3 %			6	1,7 %	2	0,6 %	354	97,5 %		
Ungeklärt	361	1	0,3 %			41	11,4 %	12	3,3 %	307	85,0 %		
Pakistan	356	3	0,8 %			4	1,1 %	19	5,3 %	330	92,7 %		

18. Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF seit 2000 (bitte nach Jahren auflisten), und welche Erklärungen haben die Bundesregierung bzw. das BAMF dafür, dass diese Klagequote bei ablehnenden BAMF-Bescheiden aktuell im Vergleich der Vorjahre auffallend hoch ist, auch wenn es keine pauschale Antwort hierauf geben mag (vgl. Bundestagdrucksache 19/4961, Antwort zu den Fragen 20c und 21, bitte ausführen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Klagequote ablehnende Bescheide
2012	58,5 %
2013	57,0 %
2014	55,8 %
2015	31,9 %
2016	39,7 %
2017	73,4 %
2018 bis 30.09.2018	75,6 %

Wie in der Fragestellung bereits angemerkt wurde, gibt es keine pauschale Erklärung für die Zunahme der Quote für Klagen gegen ablehnende Bescheide des BAMF. Verschiedene Faktoren können diesbezüglich zusammenwirken. Zu diesen Faktoren zählt nach Ansicht des BAMF insbesondere die Zusammensetzung der Asylantragsteller in Bezug auf die Herkunftsländer.

Zudem hat das BAMF zunächst zurückgestellte Asylanträge von Asylbewerbern aus verschiedenen Herkunftsländern, die nicht zu gefährdeten Risikogruppen gehörten, im Jahr 2017 und im laufenden Jahr 2018 vermehrt ablehnend beschieden.

Auch eine uneinheitliche Rechtsprechung kann die Zunahme der Beschreitung des Klageweges begünstigen. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren erarbeitet (vgl. Antwort zu Frage 24).

19. Wie waren die relativen Klagequoten im bisherigen Jahr 2018 in Bezug auf alle Entscheidungen des BAMF bzw. in Bezug auf (einfach) ablehnende Asylbescheide, differenziert nach Bundesländern?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Aufschlüsselung nach Bundesländer	Entscheidungen über Asylanträge im Zeitraum 01.01. – 30.09.2018					
	insgesamt			davon Entscheidung „abgelehnt“		
		davon beklagt*	Quote		davon beklagt*	Quote
Baden-Württemberg	24.415	15.750	64,5 %	8.532	7.796	91,4 %
Bayern	23.269	14.375	61,8 %	7.199	6.529	90,7 %
Berlin	8.329	4.123	49,5 %	1.866	1.553	83,2 %
Brandenburg	5.195	3.326	64,0 %	1.680	1.551	92,3 %
Bremen	1.415	708	50,0 %	271	239	88,2 %
Hamburg	4.012	2.181	54,4 %	937	868	92,6 %
Hessen	12.158	6.672	54,9 %	2.728	2.508	91,9 %
Mecklenburg- Vorpommern	2.897	1.389	47,9 %	703	599	85,2 %
Niedersachsen	18.437	9.473	51,4 %	4.905	4.414	90,0 %
Nordrhein-Westfalen	36.666	18.996	51,8 %	8.796	7.850	89,2 %
Rheinland-Pfalz	7.432	3.742	50,3 %	1.733	1.555	89,7 %
Saarland	2.069	602	29,1 %	105	97	92,4 %
Sachsen	7.575	4.570	60,3 %	2.321	2.009	86,6 %
Sachsen-Anhalt	3.830	1.773	46,3 %	574	479	83,4 %
Schleswig-Holstein	7.484	3.829	51,2 %	1.984	1.767	89,1 %
Thüringen	4.166	2.104	50,5 %	691	622	90,0 %
unbekannt	101	13	12,9 %	4	0	0,0 %
Deutschland gesamt	169.450	93.626	55,3 %	45.029	40.436	89,8 %

20. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Bilanz der Gerichtsentscheidungen (bitte nach jeweiligem Schutzstatus, Ablehnungen und formelle Entscheidungen differenzieren) bei Asylklagen für das bisherige Jahr 2018 nach Bundesländern differenziert (bitte gesondert auch die Werte für Syrien, Irak und Afghanistan angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen							
01.01. 30.09.2018	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abge- lehnt/offens. unbegr. abge- lehnt)	sonstige Entschei- dungen
Baden- Württemberg	13.789	5	2.815	123	806	3.665	6.375
Bayern	19.598	1	1.027	192	1.360	7.299	9.719
Berlin	5.447	2	195	77	425	1.720	3.028
Brandenburg	3.458	-	133	102	94	578	2.551
Bremen	750	1	71	10	24	279	365
Hamburg	3.375	2	244	82	487	1.028	1.532
Hessen	9.985	13	1.881	324	637	2.567	4.563
Mecklenburg- Vorpommern	2.334	-	63	20	54	1.057	1.140
Niedersachsen	10.454	27	883	127	754	3.884	4.779
Nordrhein- Westfalen	35.292	64	2.693	454	2.072	15.423	14.586
Rheinland- Pfalz	7.713	17	508	49	442	3.716	2.981
Saarland	1.017	-	13	11	202	365	426
Sachsen	6.819	9	421	157	620	2.791	2.821
Sachsen- Anhalt	3.737	3	606	78	385	1.190	1.475
Schleswig- Holstein	5.041	4	83	35	431	2.842	1.646
Thüringen	2.845	-	189	99	195	998	1.364
Unbekannt	9	-	-	-	-	-	9
Gesamt	131.663	148	11.825	1.940	8.988	49.402	59.360

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen – Afghanistan							
01.01. 30.09.2018	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	1.828	-	116	73	665	464	510
Bayern	3.643	-	104	100	1.041	1.089	1.309
Berlin	1.184	-	47	41	324	281	491
Brandenburg	500	-	70	99	78	51	202
Bremen	108	-	20	8	17	9	54
Hamburg	1.046	-	65	60	445	152	324
Hessen	2.315	-	121	191	549	604	850
Mecklenburg-Vorpommern	284	-	10	2	32	111	129
Niedersachsen	1.088	-	43	52	350	242	401
Nordrhein-Westfalen	3.949	-	257	142	1.408	1.191	951
Rheinland-Pfalz	1.227	-	96	30	250	628	223
Saarland	91	-	6	6	8	32	39
Sachsen	1.194	-	65	98	439	375	217
Sachsen-Anhalt	997	-	133	68	244	103	449
Schleswig-Holstein	1.299	-	14	11	321	652	301
Thüringen	603	-	39	63	137	141	223
Unbekannt	1	-	-	-	-	-	1
Gesamt	21.357	-	1.206	1.044	6.308	6.125	6.674

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen – Irak							
01.01. 30.09.2018	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	849	-	34	34	31	285	465
Bayern	1.691	-	14	4	46	851	776
Berlin	628	-	10	26	-	214	378
Brandenburg	75	-	-	-	10	10	55
Bremen	27	-	-	1	2	8	16
Hamburg	319	-	1	2	4	95	217
Hessen	1.021	-	5	10	19	480	507
Mecklenburg-Vorpommern	70	-	-	-	1	13	56
Niedersachsen	1.574	1	156	30	86	724	577
Nordrhein-Westfalen	4.002	1	205	222	141	2.038	1.395
Rheinland-Pfalz	107	-	2	-	5	45	55
Saarland	96	-	-	3	14	47	32
Sachsen	603	2	11	8	12	330	240
Sachsen-Anhalt	85	-	-	-	9	19	57
Schleswig-Holstein	898	-	8	7	40	505	338
Thüringen	491	-	14	14	17	234	212
Unbekannt	1	-	-	-	-	-	1
Gesamt	12.537	4	460	361	437	5.898	5.377

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge Klagen – Syrien							
01.01. 30.09.2018	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art 16a GG	Flüchtlingschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Entscheidungen
Baden-Württemberg	3.460	-	2.314	6	7	517	616
Bayern	1.778	-	628	8	57	455	630
Berlin	1.095	-	74	-	44	560	417
Brandenburg	278	-	5	-	-	12	261
Bremen	289	-	44	-	2	169	74
Hamburg	748	-	1	-	-	538	209
Hessen	2.294	-	1.315	-	1	499	479
Mecklenburg-Vorpommern	474	-	20	2	-	327	125
Niedersachsen	2.126	7	311	2	162	1.254	390
Nordrhein-Westfalen	8.461	10	1.625	12	104	4.670	2.040
Rheinland-Pfalz	2.310	1	129	2	93	1.489	596
Saarland	613	-	6	-	169	253	185
Sachsen	696	1	228	-	15	247	205
Sachsen-Anhalt	1.351	1	376	-	93	568	313
Schleswig-Holstein	1.323	-	30	7	49	1.071	166
Thüringen	551	-	105	9	17	260	160
Gesamt	27.847	20	7.211	48	813	12.889	6.866

21. Wie differenzieren sich nach Kenntnis der Bundesregierung die „sonstigen Verfahrenserledigungen“ bei gerichtlichen Entscheidungen im bisherigen Jahr 2018 nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen		Januar – September 2018	
Staatsangehörigkeit	Gerichtsentscheidungen insgesamt	davon: sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	Anteil
Syrien	28.662	6.886	24,0 %
Afghanistan	21.485	6.691	31,1 %
Irak	12.542	5.280	42,1 %
Pakistan	6.043	2.290	37,9 %
Nigeria	5.657	3.276	57,9 %
Russische Föderation	5.309	3.444	64,9 %
Iran	4.282	2.073	48,4 %
Somalia	2.755	1.972	71,6 %
Armenien	2.714	1.456	53,6 %
Ungeklärt	2.581	1.388	53,8 %
Georgien	2.495	1.405	56,3 %
Gambia	2.288	1.497	65,4 %
Eritrea	2.230	1.451	65,1 %
Aserbaidshan	2.039	1.299	63,7 %
Albanien	2.015	1.185	58,8 %
Gesamt	132.756	57.906	43,6 %

22. Welche aktuellen genaueren Angaben gibt es im BAMF zu der Kategorie „sonstiger Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen, insbesondere auch in Bezug auf das bisherige Jahr 2018 und das Jahr 2017, und welchen ungefähren Anteil haben dabei Entscheidungen, in denen Klagen gegen einen Dublin-Bescheid Erfolg hatten und ein Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss?

Gibt es quantitative Angaben zu den Fallkonstellationen in der auf Bundestagsdrucksache 19/4961 zu Frage 26 aufgeführten Tabelle, und wenn ja, welche?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	2017	2018
Keine Schutzgewährung festgestellt	53.509	50.594
Schutzgewährung offen	6.039	3.738
Schutzgewährung	4.582	5.363
Gesamt	64.130	59.695

Im Jahr 2018 beliefen sich ca. 3 Prozent der sonstigen Verfahrenserledigungen auf Entscheidungen, bei denen Klagen gegen einen Dublin-Bescheid Erfolg hatten.

23. Wie will der neue Präsident des BAMF (vgl. Protokoll der 22. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 24. September 2018, Seite 20) sein Ziel erreichen, dass gerichtliches Nachsteuern nicht mehr erforderlich sein müsse, wenn das BAMF sich beispielsweise in Bezug auf Überstellungen nach Bulgarien nicht an die mehrheitliche Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte hält, die diese als rechtswidrig ansehen (vgl. ebd., Seite 46; vgl. zur diesbezüglichen Rechtsprechung Bundestagsdrucksache 19/4427, Antwort zu Frage 21 und die hohe Erfolgsquote von Asylsuchenden bei Überstellungen nach Bulgarien in Höhe von über 60 Prozent, Bundestagsdrucksache 19/4961, Seite 47)?

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Hans-Eckhard Sommer, hat ausweislich des Protokolls der 22. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 24. September 2018, Seite 20 allgemein erklärt: „Mein Anspruch ist es, unsere Aufgaben qualitativ so hochwertig zu erledigen, dass kein Nachsteuern erforderlich ist“. Zur Sicherstellung dieses Zieles sollen in erster Linie die bereits erfolgten und gegebenenfalls noch zu erfolgenden Qualitätssicherungsmaßnahmen beitragen. Schließlich ist die Qualitätssicherung bei der Tätigkeit des BAMF eine Daueraufgabe, die immer wieder Maßnahmen im Bereich des Qualitätsmanagements erfordert. Insbesondere ist das Qualitätsmanagement den neuen Erkenntnissen anzupassen, die vor allem durch die eingeführten Kontrollen und diese wiedergebende Berichte gewonnen werden.

Die in der Frage aufgestellte Behauptung, dass das BAMF sich in Bezug auf Bulgarien nicht an die mehrheitliche Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte halten würde, ist nach Auffassung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat in dieser Pauschalität unzutreffend. Aus Artikel 3 Absatz 2 Dublin III-Verordnung ergibt sich im Lichte der Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofs hinreichend eindeutig, dass der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens dann keine Gültigkeit haben kann, wenn es ernsthafte und durch Tatsachen bestätigte Gründe für die Annahme gibt, dass das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen im Abschiebezielstaat (z. B. Bulgarien) für Antragsteller syste-

mische Mängel aufweisen, die die Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung im Sinne des Artikel 4 EU-GRCh bzw. Artikel 3 EMRK begründen. Bei Vorliegen solcher „systemischer Mängel“ darf grundsätzlich keine Überstellung in den zuständigen Mitgliedstaat stattfinden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Beschluss vom 8. August 2018-1 B 25.18) bedarf es insoweit der Würdigung aller Umstände des Einzelfalls. Diese Würdigung aller Umstände wird auch im Hinblick auf Bulgarien durchgeführt.

24. Wie ist der Stand der Planungen zu Änderungen im Gerichtsverfahrensrecht zur schnelleren gerichtlichen Klärung von Grundsatzfragen im Asylrecht (bitte ausführen)?

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren ausgearbeitet. Die Ressortabstimmung soll zeitnah eingeleitet werden.

25. Inwieweit prüft oder plant die Bundesregierung Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung in Asylgerichtsverfahren, die vom Deutschen Anwaltverein (DAV, Initiativstellungnahme „zur aktuellen Diskussion über Rechtsmittel im Asylverfahren“ vom August 2018) vorgeschlagen wurden und die nicht mit einer Gesetzesänderung verbunden sind (die diesbezügliche Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 19/4961 wurde mit Hinweis auf ein laufendes Gesetzgebungsverfahren nicht beantwortet), etwa

Die Bundesregierung sieht die Notwendigkeit einer Beschleunigung von Asylgerichtsverfahren. Hierzu wird aktuell ein Gesetzentwurf zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren erarbeitet (vgl. Antwort zu Frage 24). Auch darüber hinaus eruiert das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zusammen mit dem BAMF regelmäßig Möglichkeiten, im Rahmen der bestehenden Gesetze eine Straffung der Gerichtsverfahren zu erreichen. Dabei werden selbstverständlich auch entsprechende Vorschläge der Rechtspraxis (Richterschaft, Anwaltschaft, etc.) berücksichtigt.

- a) darauf hinzuwirken, dass von der Möglichkeit einer Zurückverweisung eines Falls an die Behörde (§ 113 Absatz 3 Satz 1 VwGO) konsequent Gebrauch gemacht wird, um die Gerichte zu entlasten und das BAMF zu einer Steigerung der Qualität seiner Entscheidungen anzuhalten (bitte begründen),

Es obliegt den Gerichten, von der Möglichkeit der Zurückverweisung ohne Sachentscheidung Gebrauch zu machen. Das Prinzip der Gewaltenteilung verbietet jede entsprechende Einflussnahme der Bundesregierung auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

- b) vermehrt positiv auf Anfragen der Gerichte zur Klaglosstellung durch das BAMF zu reagieren (bitte begründen),

Bei entsprechenden Hinweisen der Gerichte nimmt das BAMF auch eine Prüfung hinsichtlich einer Klaglosstellung vor. Die Erklärung einer Klaglosstellung hängt vom Einzelfall ab.

- c) nach Einreichung von Klagebegründungen eine erneute Qualitätskontrolle der beklagten Bescheide durch das BAMF vorzunehmen und gegebenenfalls klaglos zu stellen (bitte begründen), und

Klagebegründungen werden durch das BAMF zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Klageerwiderung berücksichtigt. Da das an Gesetz und Recht gebundene BAMF von der Rechtmäßigkeit seiner Entscheidung ausgeht, bietet allein die darauffolgende Klageerhebung keinen Anlass für eine Revision der behördlichen Entscheidung.

- d) nach Überprüfungen negativer BAMF-Bescheide fehlerhafte oder mangelhafte Bescheide aufzuheben und abzuändern (bitte begründen)?

Es werden bereits heute nicht nur die positiven Entscheidungen, sondern auch die negativen Entscheidungen in die Qualitätskontrolle durch das BAMF einbezogen. So erstreckt sich die dezentrale Überprüfung der Asylbescheide in den BAMF-Außenstellen vor deren Zustellung auf alle Bescheide.

Auch die stichprobenhafte Überprüfung seitens der BAMF-Zentrale, bei der die zu kontrollierenden Bescheide anhand des Zufallsprinzips ausgesucht werden, umfasst sowohl positive als auch negative Bescheide.

Sollten bei den Überprüfungen ein Fehler festgestellt werden, wird dieser behoben und der Bescheid entsprechend abgeändert.

26. Was haben das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das BAMF unternommen oder noch geplant, gegebenenfalls auch in Absprache mit den Bundesländern, um rechtswidrige Abschiebungen trotz laufenden Gerichtsverfahrens in der Zukunft ausschließen zu können (bitte konkret auflisten und ausführen; auf Bundestagsdrucksache 19/4961 finden sich zu Frage 34 keine Ausführungen dazu, was insbesondere strukturell unternommen wird, um solche rechtswidrigen Abschiebungen künftig ausschließen zu können)?

Die Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen liegt nach der föderalen Zuständigkeitsverteilung der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich in der Verantwortung der Länder. Es ist gängige Verwaltungspraxis, dass vor der tatsächlichen Durchführung einer Abschiebung die zuständige Behörde prüft, ob ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz vorliegt bzw. noch bei einem Verwaltungsgericht anhängig ist. Hierbei bedarf es der engen Abstimmung zwischen den Ausländerbehörden, Gerichten sowie in Asylverfahren dem BAMF. Dabei sind Vollzugs- bzw. Kommunikationsdefizite in Einzelfällen aufgetreten. Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden im Jahr 2018 mit Stand vom 27. November 2018 in neun Fällen Asylantragsteller rechtswidrig aus Deutschland abgeschoben. Die Zuständigkeit für die Rückholung liegt in dem Verantwortungsbereich der Behörde, welche die Abschiebung veranlasst bzw. durchgeführt hat. Das BAMF hat in vier der genannten Fälle eine umgehende Rückholung der unrechtmäßig abgeschobenen Asylbewerber eingeleitet; in fünf Fällen liegt die Zuständigkeit der Rückholung bei den Ländern.

Strukturelle Defizite lassen sich aber im Hinblick auf die Zahl der bisher in 2018 vollzogenen Abschiebungen (inkl. Dublin-Überstellungen) von 20 122 (Stand: 30. Oktober 2018) nach Auffassung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bislang nicht herleiten.

27. Wie viele Asylanhörungen gab es im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen 3. Quartal 2018	Anzahl
Gesamt	27.803
darunter:	
Syrien	7250
Irak	2912
Iran	2293
Türkei	2150
Nigeria	1608
Afghanistan	1438
Somalia	822
Russische Föderation	709
Ungeklärt	696
Guinea	658
Eritrea	641
Pakistan	452
Moldau (Republik)	373
Gambia	359
Georgien	350

Anhörungen 2. Quartal 2018	Anzahl
Gesamt	27.761
darunter	
Syrien	6.016
Irak	2.512
Nigeria	2.302
Afghanistan	1.777
Iran	1.872
Türkei	1.509
Eritrea	1.395
Somalia	1.164
Ungeklärt	523
Russische Föderation	600
Georgien	508
Guinea	692
Pakistan	523
Aserbajdschan	282
Albanien	295

28. Wie waren die bereinigten Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen, Georgien, Armenien und der Türkei im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	3. Quartal 2018			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	3.550	660	36,7 %	42,1 %
Algerien	357	2	0,5 %	1,2 %
Georgien	458	3	0,5 %	0,6 %
Armenien	638	17	3,0 %	2,4 %
Libyen	231	35	13,2 %	24,3 %
Marokko	336	10	2,7 %	6,0 %
Tunesien	175	2	1,1 %	3,1 %
Ägypten	217	22	10,2 %	15,6 %

Staatsangehörigkeiten	2. Quartal 2018			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	2.193	640	30,8 %	36,7 %
Algerien	371	9	1,6 %	3,9 %
Georgien	774	13	1,1 %	1,3 %
Armenien	422	36	4,1 %	6,8 %
Libyen	212	70	19,2 %	36,8 %
Marokko	301	16	3,7 %	7,8 %
Tunesien	166	7	3,1 %	7,5 %
Ägypten	161	22	9,5 %	17,5 %

29. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina in den Monaten Juli, August und September 2018 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge in diesen Monaten jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Juli 2018		Asylanträge			Entscheidungen über Asylanträge					
Staatsangehörigkeit	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidi- ärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Ab- schiebungsverbo- tes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./of- fens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrens- erledigungen
Serbien	147	57	90	139	-	1	-	1	72	65
davon Roma	119	39	80	117	-	1	-	1	62	53
Kosovo	90	32	58	102	-	-	-	1	42	59
davon Roma	52	13	39	37	-	-	-	-	9	28
Mazedonien	182	69	113	153	-	-	-	2	62	89
davon Roma	119	42	77	85	-	-	-	-	32	53
Montenegro	31	23	8	22	-	-	-	-	10	12
davon Roma	17	11	6	10	-	-	-	-	3	7
Albanien	277	145	132	204	-	-	-	-	105	99
davon Roma	31	19	12	26	-	-	-	-	6	20
Bosnien und Herzegowina	47	14	33	63	-	-	-	-	30	33
davon Roma	27	5	22	49	-	-	-	-	21	28

August 2018		Asylanträge			Entscheidungen über Asylanträge					
Staatsangehörigkeit	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidi- ärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Ab- schiebungsverbo- tes gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./of- fens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrens- erledigungen
Serbien	193	78	115	201	-	-	-	1	87	113
davon Roma	159	58	101	164	-	-	-	1	71	92
Kosovo	71	36	35	97	-	-	-	-	35	62
davon Roma	14	6	8	31	-	-	-	-	8	23
Mazedonien	188	79	109	214	-	-	-	-	91	123
davon Roma	98	30	68	126	-	-	-	-	43	83
Montenegro	35	8	27	48	-	-	-	-	21	27
davon Roma	7	2	5	20	-	-	-	-	8	12
Albanien	223	157	66	251	-	-	-	2	125	124

davon Roma	13	10	3	27	-	-	-	-	14	13
Bosnien und Herzegowina	30	16	14	44	-	-	-	-	21	23
davon Roma	10	4	6	32	-	-	-	-	17	15

September 2018	Asylanträge			Entscheidungen über Asylanträge						
Staatsangehörigkeit	Asylanträge gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidi- ärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschie- bungsverbot- es gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./of- fens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrens- erledigungen
Serbien	180	77	103	221	-	-	-	2	82	137
davon Roma	146	45	101	178	-	-	-	1	53	124
Kosovo	84	31	53	111	-	-	-	-	44	67
davon Roma	41	10	31	32	-	-	-	-	12	20
Mazedonien	168	82	86	139	-	-	-	1	59	79
davon Roma	117	54	63	77	-	-	-	1	35	41
Montenegro	32	7	25	37	-	-	-	-	19	18
davon Roma	27	3	24	24	-	-	-	-	10	14
Albanien	224	127	97	231	1	4	1	6	126	93
davon Roma	17	7	10	23	-	-	-	-	15	8
Bosnien und Herzegowina	41	18	23	38	-	-	-	1	9	28
davon Roma	31	9	22	22	-	-	-	1	3	18

30. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, -entwicklung und -planung im BAMF und zu unterstützenden Sondermaßnahmen, insbesondere im Bereich der Asylprüfung?

Das BAMF hat zum Stand 15. November 2018 einen Personalstand von insgesamt 6 773,2 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) (Dauerpersonal, befristetes Personal und Unterstützungskräfte). Es liegen zudem Einstellungszusagen für 50 VZÄ vor.

Durch die Zuweisungen von weiteren Stellen im Haushalt 2018 wurde es möglich, befristet beschäftigtes Personal in hohem Umfang in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Über zwei Großverfahren wurden bisher 2 504 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2018 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Darüber hinaus gibt es noch circa 500 weitere befristet Beschäftigte, die bei positiver Eignung nach Ablauf der sechsmonatigen Bewährungszeit unbefristet übernommen werden sollen.

Der darüber hinausgehende Personalbedarf wird bereits über Stellenausschreibungen für unbefristete Kräfte gedeckt.

31. Wie viele Asylverfahren wurden im dritten Quartal 2018 eingestellt (bitte so genau wie möglich nach Gründen und nach den 15 wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2/ § 32 a Abs. 2 AsylG	sonstige Einstellung	Gesamt
Gesamt	609	817	1.426
Syrien	55	84	139
Irak	35	70	105
Türkei	17	31	48
Iran	12	36	48
Afghanistan	35	29	64
Nigeria	28	43	71
Somalia	21	10	31
Ungeklärt	22	15	37
Russische Föderation	33	52	85
Eritrea	18	8	26
Guinea	16	12	28
Moldau (Republik)	18	18	36
Georgien	24	22	46
Pakistan	16	16	32
Albanien	2	21	23

32. Zu welchem ungefähren Anteil wird nach Einschätzungen von fachkundigen Bediensteten des BAMF derzeit das Prinzip der Einheit von Anhörer und Entscheider im Asylverfahren in der Praxis gewahrt (soweit möglich bitte auch nach Herkunftsländern differenzieren), wie hoch war der Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren (d. h. auch: ohne Identität von Anhörer und Entscheider) getroffen wurden, im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal (bitte jeweils absolute und relative Zahlen angeben und die wichtigsten zehn Herkunftsländer nennen), und warum werden diese Entscheidungszentren nicht aufgelöst, obwohl der neue Präsident des BAMF im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 24. September 2018 deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass er eine solche Trennung bis auf Ausnahmefälle ablehnt (Protokoll der 22. Sitzung, Seite 42)?

Zu der personellen Einheit von Anhörer und Entscheider erfolgt im BAMF keine statistische Erfassung, eine valide Einschätzung ist daher nicht möglich. Angaben zum Anteil von Asylentscheidungen, die in Entscheidungszentren getroffen wurden, können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entscheidungs- zentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
Gesamt	65.509	4.337	6,6 %
darunter:			
Syrien	22.065	1.955	8,9 %
Irak	7.162	655	9,1 %
Türkei	1.958	67	3,4 %
Iran	2.750	200	7,3 %
Afghanistan	5.222	330	6,3 %
Nigeria	3.125	152	4,9 %
Somalia	2.091	114	5,5 %
Ungeklärt	1.605	63	3,9 %
Russische Föderation	1.769	23	1,3 %
Eritrea	2.302	102	4,4 %

2. Quartal 2018	Entscheidungen gesamt	davon in einem Entscheidungs- zentrum entschieden	Anteil an allen Entscheidungen
Gesamt	78.653	8.773	11,2 %
darunter:			
Syrien	26.474	5.119	19,3 %
Irak	7.524	801	10,6 %
Nigeria	3.699	276	7,5 %
Afghanistan	5.463	665	12,2 %
Iran	3.163	183	5,8 %
Türkei	2.222	15	0,7 %
Georgien	1.233	20	1,6 %
Eritrea	3.656	288	7,9 %
Somalia	2.385	219	9,2 %
Ungeklärt	2.495	263	10,5 %

Eine temporäre Trennung von Anhörer und Entscheider wurde 2016 aufgrund der besonderen Situation mit hohen Zugangszahlen bestimmter Herkunftsländer mit vielfach identischen Fluchtgründen bewusst getroffen, um die Asylverfahren zu beschleunigen und den Abbau der anhängigen Verfahren zu gewährleisten. Die geltende Dienstanweisung Asyl, die eine Einheit von Anhörer und Entscheider grundsätzlich vorsieht, ist weiterhin in Kraft.

Die Sachentscheidungen im Asylverfahren werden mittlerweile wieder grundsätzlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getroffen, die auch die Anhörung durchgeführt haben. Eine vollständige Rückkehr zur Einheit von Anhörer und Entscheider wird angestrebt. Im Sinne der Antragssteller soll unter bestimmten Voraussetzungen auch künftig eine Trennung (bspw. Abgabe der Verfahren vulnerabler Personen an eingesetzte und besonders qualifizierte Sonderbeauftragte) möglich bleiben.

Wie im Innenausschuss dargestellt, werden von den Entscheidungszentren, neben der Bearbeitung insb. bereits länger andauernder Asylverfahren, sukzessive weitere Aufgabenbereiche übernommen. Eines der vier Entscheidungszentren wurde bereits aufgelöst, zwei weitere ganz oder teilweise auf andere Aufgaben ausgerichtet, etwa im Bereich der Widerrufsprüfung.

33. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im dritten Quartal 2018 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3.Quartal 2018	Entscheidungen zu §11II	Entscheidungen zu § 11VII	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/ oder § 11 VII)
Gesamt	23.915	1.225	24.142
darunter:			
Syrien	1.544	2	1.546
Irak	2.407	3	2.410
Türkei	948	8	956
Iran	1.684	3	1.686
Afghanistan	1.667	8	1.674
Nigeria	2.464	6	2.469
Somalia	935	4	937
Ungeklärt	522	3	524
Russische Föderation	1.191	13	1.204
Eritrea	446	1	447

34. Wie viele Asylgesuche gab es in den Monaten Juli, August und September und insgesamt bislang im Jahr 2018 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Im Jahr 2018 haben bislang 8 462 Personen und im dritten Quartal 2018 2 432 Personen (Juli: 815, August: 785, September: 832) bei der Bundespolizei und den mit der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden um Asyl nachgesucht. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2018 Grenze	Anzahl Asylnachsuchender
Gesamt	8.462
Flughäfen	2.037
Inlandsfeststellungen	1.831
Schweiz	1.505
Frankreich	913
Belgien	597
Österreich	586
Dänemark	231
Tschechische Republik	214
See	211
Polen	123
Luxemburg	110
Niederlande	104
Jahr 2018 Staatsangehörigkeit (Top-5)	Anzahl Asylnachsuchender
Gesamt	8.462
Nigeria	902
Iran	834
Irak	726
Afghanistan	723
Eritrea	467

3. Quartal 2018 Grenze	Anzahl Asylnachsuchender
Gesamt	2.432
Flughäfen	749
Inlandsfeststellungen	571
Schweiz	293
Frankreich	245
Österreich	199
Belgien	173
Tschechische Republik	51
Luxemburg	45
Polen	39
See	31
Niederlande	21
Dänemark	15
3. Quartal 2018 Staatsangehörigkeit (Top-5)	Anzahl Asylnachsuchender
Gesamt	2.432
Iran	358
Irak	215
Afghanistan	191
Nigeria	190
Türkei	156

35. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im dritten Quartal 2018 bzw. im vorherigen Quartal mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Angaben zur Beteiligung des BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

3. Quartal 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	192	49	81	62
darunter:				
Baden-Württemberg	30	10	12	8
Bayern	5	3	1	1
Berlin	26	6	13	7
Brandenburg	1			1
Bremen	3		3	
Hamburg	9	4	1	4
Hessen	11		5	6
Mecklenburg-Vorpommern	4	3	1	
Niedersachsen	10	1	4	5
Nordrhein-Westfalen	70	19	29	22
Rheinland-Pfalz	2			2
Saarland	4		2	2
Sachsen	1			1
Sachsen-Anhalt	1		1	
Schleswig-Holstein	13	3	9	1
Thüringen	2			2

3. Quartal 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	192	49	81	62
darunter:				
Syrien	3	1	1	1
Irak	4	1	1	2
Türkei	9	2	2	5
Iran	4		3	1
Afghanistan	7	3	2	2
Nigeria	1	1		
Ungeklärt	2		1	1
Russische Föderation	9	3	3	3
Georgien	1	1		1
Guinea	6	2	4	

2. Quartal 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	222	32	110	80
darunter:				
Baden-Württemberg	21	2	12	7
Bayern	27	4	4	19
Berlin	20	3	7	10
Bremen	7	2	4	1
Hamburg	28	6	16	6
Hessen	7	1	2	4
Mecklenburg-Vorpommern	2	1	1	
Niedersachsen	16	1	5	10
Nordrhein-Westfalen	75	9	47	19
Rheinland-Pfalz	7	1	6	
Saarland	1		1	
Sachsen	6	2		4
Sachsen-Anhalt	1		1	
Schleswig-Holstein	4		4	

2. Quartal 2018	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	222	32	110	80
darunter:				
Syrien	14	2	1	11
Irak	5		1	4
Afghanistan	10	4	4	2
Ungeklärt	1			1
Russische Föderation	5	1	2	2
Türkei	16	2	6	8
Georgien	1			1
Iran	2			2
Somalia	1			1
Nigeria	7	3	2	2

36. Welche Angaben für das dritte Quartal 2018 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern), und können inzwischen Einschätzungen dazu getroffen werden, zu welchem ungefähren Anteil ge- oder verfälschte Dokumente mit inhaltlich falschen Angaben der Betroffenen zur Identität bzw. Herkunft bzw. Staatsangehörigkeit verbunden waren, und warum liegen hierzu keine Erkenntnisse vor (bitte ausführen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Top 10 der Staatsangehörigkeiten	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente
Syrien	23.775	23.068	423	284	1,19 %
Irak	7.042	6.828	139	75	1,07 %
Nigeria	366	303	53	10	2,73 %
Afghanistan	1.910	1.635	190	85	4,45 %
Türkei	4.705	4.204	437	64	1,36 %
Iran	3.247	3.186	51	10	0,31 %
Eritrea	261	226	29	6	2,30 %
Somalia	143	80	40	23	16,08 %
ungeklärt	1.545	1.526	18	1	0,06 %
Russische Föderation	1.562	1.456	102	4	0,26 %
sonstige	5.439	2.931	1.081	119	2,19 %
Gesamt	49.995	45.443	2.563	681	1,36 %

